

Der Rote Stern

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Kampfbogen“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei aus monatlich 2,00 Mark, durch den Postbezugsstellen 2,20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: 22-Märkischer Zeitungsverlag GmbH, Halle, Postfach 114. Verantw.: 210 43 (Halle), 210 47 (Merseburg).

Redaktion: 22-Märkischer Arbeiter-Zeitungs-Verlag „Der Rote Stern“

Verlagspreis: 10 W. Nr. 100 am 1. April und 100 W. Nr. 100 am 1. April. Postfach: 204 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Postfach 114.

Einzelpreis 15 W.

Halle, Sonnabend, 11. April 1931

11. Jahrgang Nr. 84

Bauarbeiter, kämpft weiter!

Die ganze Arbeiterschaft gegen die Lohnräuber — Neue Streikbeschlüsse über die Köpfe der Reformisten hinweg
Weitere Erfolge der RGD in Bitterfeld — Am Montag Grobalarm vor allen Baustellen

Halle, den 11. April.

Das Reichskomitee der RGD veröffentlicht in der „Roten Hilfe“ einen Aufruf an alle Arbeiter, dessen entscheidende Sätze lauten:

„Die Unterjochung und Festigung der Widerstandsfront der streikenden Bauarbeiter muß Sache der gesamten deutschen Arbeiterschaft werden. Die Lohnraub-Diktate des Kapitals gegen die Arbeiter muß endlich zum Stehen kommen. Nicht nur von den Bauarbeitern, sondern von der gesamten Arbeiterschaft muß der Lohnraub ein haltendes werden. Je energischer die Aktion der Bauarbeiter unterliegt wird, desto eher, desto erfolgreicher wird die Gegenoffensive, die jetzt an Rhein und Ruhr von 500 000 Bergarbeitern und Metallarbeitern vorbereitet wird, einziehen, je rascher wird die ganze Arbeiterfront in Deutschland gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und ihre Strohleute aufgerichtet.“

Die streikenden Bauarbeiter dürfen sich nicht von den treibenden Gewerkschaftsbürokraten verraten und verlassen lassen. Weder die Gewerkschaftsbürokraten noch die Schlichtungsinstanzen haben ein Recht, für die Bauarbeiter Tarife festzusetzen. Die Bauarbeiter dürfen nur solche Tarife anerkennen, die sie selbst durch

ihre gewählten delegierten revolutionären Kollegen abgeschlossen haben und deren Inhalt von den Streikenden gutgeheißen ist. Wie jetzt die sozialdemokratischen und christlichen Kollegen einheitlich Schulter an Schulter mit den Anhängern der RGD im Kampfe stehen, so muß diese proletarische, kämpfende Einheitsfront gegenüber dem bevorstehenden schmutzigen Verrat der Gewerkschaftsführer um so fester geschlossen werden.

Jetzt heißt die Parole: Verkürzte Fortsetzung des Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub, auch wenn man es magt, den Schandfriedensvertrag für verbindlich zu erklären. Niemand anders als die Streikenden selbst sollen über den Streik entscheiden. Wie die Bauarbeiter, ohne die sabotierenden Gewerkschaftsführer zu fragen, den Kampf eröffnen, so sollen auch nur sie bestimmen, ob, wann und unter welchen Bedingungen der Kampf beendet wird. Das Gebot der Stunde ist: Schaffung breiter Streikfronten auf der Grundlage der Einheitsfront, kraftere Zusammenfassung des Streiks über das ganze Reich. Verkürzung des Kampfes durch Einbeziehung aller Bauarbeiter in den Kampf. Nicht nur Sympathie mit den kämpfenden Bauarbeitern, sondern sofortige moralische und materielle Unterstützung mit allen Mitteln durch die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands.“

Die maßgebende Erkenntnis der Notwendigkeit des Streiks gegen jeden Lohnraub unter den Bauarbeitern ist einzig und allein auf die unermüdete Arbeit der RGD zurückzuführen. Die RGD ist die einzige Organisation, die mit eiserner Entschlossenheit die Mobilisierung des Kampfes gegen jede Verflechtung der Lebenslage nicht nur der Bauarbeiter, sondern aller Werktätigen durchführt. Deswegen wird auch der Ruf unter den Bauarbeitern immer stärker, eine eigene Kampforganisation zu schaffen, die unter der Führung der RGD bei kommenden Lohnkämpfen viel besser, schneller und schlagkräftiger alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf erfüllen kann, als eine nur lose Zusammenfassung. Gerade die jetzt immer breiter werdende Streikbewegung der Bauarbeiter und der hierbei in völlig eindeutiger Weise zutage tretende Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie muß natürlich den Ruf nach solchen revolutionären Kampforganisationen bestärken, weil gleichzeitig damit die Eingliederung des Einflusses der Reformisten verbunden ist!

Heute soll nun der Kuhhandel über den zu fällenden Schiedspruch endlich abgeschlossen werden. Die „bewährten“ Schlichter werden den Lohnraub perfekt machen und dann werden die Gewerkschaftsbürokraten in Aktion treten und die kämpfenden Bauarbeiter zur Annahme des verbindlich erklärten Lohnraubes zu veranlassen. Deswegen muß jetzt auf der ganzen Linie die Streikbewegung verkürzt werden, die letzten Baustellen müssen am Montag früh still liegen. Da heute vor uns ein solches kollegen Bauarbeiter geben, der unter den Bedingungen des Lohnraubes am Montag früh die Arbeit aufnimmt. Die Erfolge im ganzen Bezirk, die bisher erzielt worden sind, zeigen, daß die Unternehmer zahlen können und müssen, wenn sich die Bauarbeiterhaftung ertut ist. Die erwerbslosen Bauarbeiter haben bisher glänzende Solidarität mit ihren kämpfenden Kollegen geübt. Unter der Führung der RGD wird und muß dieser Angriff des Unternehmertums zurückgeschlagen werden!

Halles Bauarbeiter sind entschlossen zu kämpfen bis zum Sieg

(Eig. Meldung) Halle, 11. April.

Die am gestrigen Freitag stattgefundene Vollversammlung der halles Bauarbeiter von Halle war fast von allen Streikenden besucht. Der Veramittlungsaufruf wurde wegen Überfüllung nicht abgelesen. Nach Eröffnung der Versammlung leitete der Vorsitzende des Reichskomitees der RGD, der Genosse Willi Dalgner das Referat, das mit größtem Beifall aufgenommen wurde. Nach ihm berichtete Genosse Köhler über den Stand des Bauarbeiterstreiks im gesamten Bezirk. Alle Disziplinäre mit Ausnahme der Industrieverbände waren mit den Streikenden einverstanden. Begrüßt wurde die Schaffung eines Roten Einheitsverbandes der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter sollten eine Kampfbewegung, die wir am Montag veröffentlichten werden. Des weiteren wurden organisatorische Maßnahmen zur Stärkung der Streikfront beschlossen.

Erfolgreiche Streiks in Bitterfeld

(Eig. Meld.) Bitterfeld, 11. April.

Wie wir gestern bereits mitteilen, verließen auch im Bitterfelder Revier die Bauunternehmer die Löhne herabzusetzen. Durch die entschlossenen Eingriffe der RGD traten die Bauarbeiter daraufhin sofort in den Streik. Kommunistische Vorstandsmitglieder des Bauergewerksbundes der Zählstelle Bitterfeld gingen mit ein, und die Unternehmer von vier Baustellen verpflichteten sich daraufhin, den bisher gegebenen Lohn weiter zu bezahlen. Daraufhin wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Gestern abend fand in Bitterfeld eine Mitgliederversammlung des BVB statt.

Einmütig wurde in der gut besuchten Versammlung beschlossen, alle Bauarbeiter im Bitterfelder Revier aufzufordern, sofort die Arbeit niederzulassen und sich dem Bauarbeiterstreik anzuschließen.

Der BVB-Bauze verfuhr noch im letzten Moment eine Abmachung zu verhindern, aber es war zu spät. Seine eigenen Mitglieder ließen ihn vollkommen im Stich.

Weißkeller Bauarbeiter hinter der RGD

(Eig. Bericht.) Weißenfels, 11. April.

Wach hier haben die noch im BVB, also unter reformistischen Einflüssen organisierten Bauarbeiter erkannt, daß die einzige richtige Antwort auf den Lohnraub der Bauunternehmer der Streik ist. In der letzten — vorletzten — Mitgliederversammlung der BVB-Bauze wurde einstimmig beschlossen, alle Untergriffen unter schon abgegebene

Revier zurückzuziehen und auf jeden Lohnraub mit Streik zu antworten.

Trotzdem der Bause Stefan in der schließlichen Weise gegen die BVB-Kollegen vorging, trotzdem er für die Unternehmer auch hier die schädlichsten Handlungsdienste durch alterndem Verschleppungsmanöver verrichtete, konnte er nicht verhindern, daß auch in Weißenfels jegliche Bautätigkeit durch den geschlossenen Streik eingestellt ist.

Politischer Massenstreik am 1. Mai

Küßt zum Weltkampftag — In allen Betrieben in der nächsten Woche Abstimmung über Arbeitstube in der Chemie — Aste Betriebsräte und Vertrauensleute an die Spitze!

Halle, den 11. April.

Aus Berlin kommt soeben die Meldung, daß für den dortigen Bezirk der chemischen Industrie ein Schiedspruch gefällt wurde. Der 4/5 Prozent neuen Lohnraub vorlieht. Obwohl die Funktionäre des ZAV hier vorläufig abgelehnt haben, werden sie natürlich bei einer Verbindlichkeitsfestsetzung des Schiedspruchs die Zustimmung als Selbstverständlichkeit hinhängen. Auch in Mitteldeutschland, im Tarifgebiet 5b werden neue Lohnraubmaßnahmen vorbereitet.

Soll das so weiter gehen, Chemieproleten?

Die einzige Garantie für die Nichtdurchführung des Lohnabbaues ist die Schaffung einer einheitlichen Kampfführung in allen Betrieben. Sofortige Vorbereitung und Verkürzung der vorbereitenden Kampfausgänge

durch Hinzuziehung von sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. Es ist klar, daß, obwohl im Tarifgebiet 5b eben erst ein Lohnraub durchgeführt wurde, die Unternehmer in drakulischer Weise schon neue Lohnraubmaßnahmen vorbereiten. In der nächsten Woche finden die Abstimmungen über die Arbeitstube zum 1. Mai in allen Großbetrieben der Chemie statt. Macht diese Abstimmungen zu Kampfabstimmungen nicht nur für den politischen Massenstreik am 1. Mai, sondern auch für den Kampf gegen jeden Lohnraub. Kämpft für 10 Pfennige Lohnerhöhung! Hinein in Massen in die RGD!

Alles für die Organisierung des politischen Massenstreiks am 1. Mai!

Thüringer SPD gegen RGD-Volksbegehren

Ihre Angst vor Neuwahlen

Weimar, 10. April. Der Parteivorstand der SPD Thüringens hat beschlossen, das kommunistische Volksbegehren auf sofortige Auflösung des Landtages von Thüringen nicht zu unterstützen, da sich die SPD von den Kommunisten diese Maßnahme nicht verschreiben (!) lassen wolle.

Den wirksamen Grund für die Forderung der Sozialdemokratie vertritt die „Politische Zeitung“, die zu der Regierungsfrage in Thüringen folgendes schreibt:

„Die Sozialdemokratie würde sich schon deswegen damit (mit der Unterjochung einer bürgerlichen Widerbewegung) einverstanden erklären, weil sie von Neuwahlen keine Stärkung ihrer Stellung zu erwarten hätte.“

Die hüllige Angst vor Neuwahlen ist es also, die die SPD zu ihrem erneuten Verrat veranlaßt.

Die Werttätigen von Halle antworten Brüning-Hebering

Glänzende Veranstaltung der Roten Hilfe — 129 Neuaufnahmen

Halle, 11. April.

Die gelungene Veranstaltung der „Roten Hilfe“ im „Volkspark“ war überfüllt. Mit ungeheurer Beifall wurden die Resolutionen des Genossen Erich Weiner und die Darstellungen des russischen Balaika-Orchesters aufgenommen. 129 Aufnahmen für die „Rote Hilfe“ wurden gemacht.

Ein Extraktdes Balaika-Orchesters galt den streikenden Bauarbeitern.

Begeisterter Zustimmung fand der Appell zum Kampf-Mai 1931. Es wurden Delegierte zum Kampftag-Ausführung von Halle gewählt.

Die SPD entschuldigt sich über: Der Sozialismus marschiert

Halle, den 11. April.

Am „Volksblatt“ ist die SPD-Demonstration ganz aus dem Zusammenhang der Bolschewisten zum Ausdruck der Preussischen Landtags, das dem Stahlhelm, dem gesamten Arbeiterium und allen fortschrittlichen Kampfverbänden geführt wird.

Wie können es die Herrschaften aber auch wagen, wiederum die schönen Fütterertritte zurückzugeben zu wollen, die ihnen die SPD in Preußen abgenommen hatte!

Es ist sehr ansichtig zu sehen, was getrieben der „linke“ Alex Müller, der ansehender der Siegfried der SPD im Kampf gegen den Drachen Stahlhelmsvolksbegehren ist, zu schreiben hat. Kampf um den Sozialismus oder den Marxismus, um proletarische Forderungen — das ist alles Menschense. Das einzige, was den Herrn Müller interessiert, ist die Befreiung der Posten. Deswegen rednet er nun auch genau nach Projekten aus, wie unter der Monarchie die Regierungsmänner in Preußen gegeben werden und wie sich das Reich nach der November-Revolution — Begründung, dieses Wort nimmt Herr Müller nicht in den Mund — geändert habe. Aber er stellt die Änderung nicht fest, um etwas über den wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse im Staatsapparat triumphierend zu melden, sondern um in demotivierter Weise die Herren Stahlhelme, die Damen vom Luisenbund und das sonstige monarchistische Geschmeiß darauf aufmerksam zu machen, daß ja der Herr Severing im Grunde genommen ein sehr anständiger Mensch sei, der im Verwaltungssapparat Preußens von 533 politischen Beamten der inneren und allgemeinen Verwaltung nur 105 Sozialdemokraten beschäftigte, während 155 Herren sogar „Recht“ haben. Es, meint Müller mit weinerlicher Stimme, wäre doch eigentlich unter der Monarchie niemals möglich gewesen, daß eine so weitgehende Lagerschaft in Preußen gegeben worden und Herr Müller auf ein Urteil der „Nationalen Zeitung“ über die Preussenspolitik, in dem es heißt:

„Es ist nicht daran zu denken, daß Preußen auch nach dem Umsturz seine geschichtliche Aufgabe, Hüter des deutschen Reiches zu sein, unabhängig von seinen jeweiligen Regierungen in vorbildlicher Weise erfüllt hat.“

Natürlich, und da will die böse Reaktion nur die paar beschwerlichen Schelmen im preussischen Verwaltungssapparat den armen Sozialdemokraten auch noch wegnehmen. Das muß natürlich schwer gerochen werden.

Deswegen hat jetzt auch der Herr Grzesinski die Zeitung „Der Stahlhelm“ auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Die Einzugsbungen zum Volksbegehren gehen übrigens in sehr kläglicher Weise vor sich. Es ist eben keine Stimmung da. Die alten Toten aus den fränkischen Weiten und die Nazis und Stahlhelmer können schließlich derweil den Kopf auch nicht fett machen. Die Anhänger der Volkspartei werden schließlich überzeugt sein, in der die Volkspartei ja selbst mit drin sitzt.

Kein Wunder daher, wenn in Magdeburg, der Hochburg des Stahlhelms, sich am ersten Tage insgesamt nur 283 Personen eingetragen haben.

Wenn die Leute überall so ausseht, dann kann man den Dübberberg und Hitler heute schon gratulieren zu ihrem neuesten Reinfall. Die Kommunistische Partei und die hinter ihr stehende Arbeiterhilfe aber organisiert die Volkspartei gegen den Faschismus und die Koalitionspolitik, die das Erstarren des Faschismus erst ermöglicht hat und jetzt wiederum die Brüning-Diktatur, die den Faschismus durchführt, mit allen Kräften unterwirft. Auch die SPD-Parteimitglieder werden begreifen, daß es sich hier nur bei diesem Volksbegehren um den Kampf um Jungstruppen handelt und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeiter kämpfen!

Unterterror für Stahlhelm-volksbetrug

Landarbeitern werden zur Einzugsbunge für das „Volksbegehren“ gepredigt

Halle, den 11. April.

Aus dem Kreis Merseburg wird gemeldet, daß die Juncker einen unerhörten Terror ausüben, um die wertvolle Landbesetzung zur Einzugsbunge in die Züge für den Volksbetrug des Stahlhelms, der Nazis und der Volkspartei, das sogenannte Volksbegehren, zu bringen. Besonders die Landarbeitern wird diesem Terror ausgesetzt. Es werden nämlich deren Familien vielfach zur Eintrogung direkt gemungen.

Dem Terror der Juncker muß der entschiedenste Widerstand entgegengebracht werden. Gegen den Stahlhelms- und Nazivolksbetrug, der nichts anderes dient als dem Kampf um die Futtertritte, muß entgegengebracht werden unsere Koalition gegen Faschismus und Preussensregierung.

Margarete Lissauer

Aus Moskau erreicht uns telegraphisch die Nachricht, daß gestern morgen die Genossin Margarete Lissauer im Alter von 60 Jahren an Lungen- und Gehirnhirnhautentzündung gestorben ist.

Die Genossin Lissauer ist zahlreichen Funktionären und Mitgliedern der kommunistischen Bewegung bekannt. In Berlin ausgenommen, einer bürgerlichen Familie entstammend, schloß sich schon vor dem Kriege der sozialistischen Arbeiterbewegung an. Sie war Mitglied der kommunistischen Partei seit ihrer Gründung. Bis 1924 in Berlin, dann wurde sie dann als Funktionärin im I. Verwaltungsbereich in Groß-Berlin. Seit 1929 arbeitete sie in der Sowjetunion für die Organisation der sozialistischen Aufbau. Im Jahre 1930 wurde sie von WCSPS (Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion) in die Kommission für internationale Beziehungen berufen, wo sie seitdem eine sehr erfolgreiche Arbeit geleistet und sich dabei besonders in die Sowjetunion fahrenden deutschen Arbeiter delegierten angenommen hatte.

Der plötzliche Tod der Genossin Lissauer entsetzt unserer Partei eine bemerkbare Kampferin, die in der praktischen Kleinarbeit, wie an der Propagandafront vorbildlich ihre Tätigkeit erfüllte. Die Berliner Parteigenossen und unsere Gesamtpartei werden der fernsten toten Kampferin den letzten Gruß

Den Hungerriemen enger

17 Prozent Lohnraub, 15 Prozent Unterkühlungsraub — Kurzarbeit und Lohnraub durch 3000 Diktatoren in den Arm! — Mobilisiert zum 1. Mai!

Schneller als viele geglaubt haben, wird die neue Brüning-Diktaturverordnen in Anwendung kommen. Bereits in der kommenden Woche wird die Reichsregierung die Diktaturverordnen zur Arbeitslosenvervielfachung erlassen. Bis Ablauf dieses Monats sollen noch drei bis vier weitere Verordnungen folgen. Damit wird die Diktatur in Deutschland endgültig zum System erhoben.

Sollte im Herbst der Reichstag noch zusammentreten, so wird er eine vollkommen veränderte Lage und garabene umwälzliche „Verfassungsmäßige Zustände“ vorfinden an denen Hitler und Spengler ihre helle Freude haben werden und die aber dann auch der Reichstag zweifelslos löschen wird. Da die SPD gegen die von den Kommunisten geleitete sofortige Einberufung des Reichstages stimmte und damit Weimars eine Planvollmacht zur Durchführung seiner mit allen Mitteln betriebenen Scheitlungs- und Zerschlagungs- und Zerschlagungsmaßnahmen nicht nur mobilisierte, sondern die weiteren Maßnahmen voll heranzuführen ist anzuhalten, hat Zentrum und Sozialdemokratie ebenso über den Inhalt der neuen Diktaturverordnungen unterrichtet, wie über die Verbindung zur Beilegung der letzten politischen Rechte der Arbeiterklasse.

Was über den Inhalt der neuen Verordnungen verlautet, ist gerade ungeheuerlich. Die kommunistische Partei mit die gesamte Arbeiterklasse auf sich in Vorbereitung auf die bevorstehenden und Zerschlagungsmaßnahmen, die durch die neuen Angriffe betroffen. Große Streikbewegungen sind im Gange oder haben bevor. Auf der Basis dieser Kämpfe gilt es, die einseitige Vorkonzession aller wertvollen Sünden gegen das schändliche Hunger- und Diktaturregime zu ergreifen.

Hier haben getrieben bereits die einschneidenden Maßnahmen der neuen Diktaturverordnen vorzüglich. Bekanntlich sollen die oberen Lohn- und Unterkühlungsstellen um 10 bis 15 Prozent gekürzt werden. Das wird dem Staat 147 Millionen Mark jährlich einbringen. Ferner soll für alle Arbeitslosen die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft treten. Die Wertigkeit für Saisonarbeiter wird auf vier Wochen verlängert. Doppelbeschäftigung endgültig verboten. Durch diese Maßnahmen soll den Arbeitern der kapitalistischen Wirtschaft eine halbe Milliarde Mark an Unter-

stützung entzogen werden. Damit werden in der Tat Tausende Hungered überliebert.

In Wirklichkeit bedeutet bekanntlich diese in Vorbereitung mit den Reichsmitgliedern getroffene Regelung eine Verknüpfung von 17 Prozent für alle Arbeiterkategorien, davon betroffen werden.

Unterstützungsraub und Lohnraub, das ist dem Unternehmertum, der Reichsregierung und den Gewerkschaftsböden beachtliche Zweck dieses neuen Diktats. Halb wurde zuerst der Ausnahmestandard verknüpft. Vollzeitspinner des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten dahinter. Streits und politische Kampfhandlungen des Arbeiters gegen diese reaktionären Anschläge sollen mit Hilfe Polizeiverordnung unterdrückt werden.

Über damit noch nicht genug. Weitere Notverordnungen geplant. Die Beamten Gehälter werden nochmals gekürzt um zur Sanierung der Kasse des Reiches, was selbstverständlich einer neuen sozialen Entfremdung gleichkommt, in Vorbereitung, und auf dem Gebiet der Agrarpolitik ist ebenfalls Notverordnung vorgesehen.

Das sind die Pläne der Brüning-Regierung, gegen die nur kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsaktion antämen wird.

Warum in allen Betrieben, auf allen Stempelfabriken, in den Arbeiterquartieren? Mobilisiert auf der ganzen Linie zur mehrwertigen und verknüpften Energie zu wackigen Demonstration am 1. Mai, der im Jaden des Kampfes gegen Lohn- und Unterkühlungsraub, des Kampfes um den Siebenhunderttag mit dem Vorherrschaft des Kampfes um Brot und Freiheit leben zu bezeugen in allen Betrieben die restliche Beteiligung an der Demonstration des revolutionären Proletariats! Kein Arbeiter, kein Bauer, kein Tagelöhner, nicht ein einziger Gewerkschaftsmitglied der Partei der Arbeiterfreundschaft und der Parteimitglieder! Alles mobilisiert unter den roten Fahnen des revolutionären Proletariats für den Sozialismus!

Freie Wahlprüfung der Reformisten und Renegaten bei der AEG Turbine

Der Wahlvorstand muß die Wahl für ungültig erklären

Berlin, 11. April. (Eig. Drahtm.)

Eine unerhörte freie Wahlprüfung der Reformisten und Renegaten ist getrieben bei den Betriebsratswahlen der AEG-Turbine aufgedeckt worden. Während der Auszählung der Stimmen wurde der vor Jahresfrist aus der SPD ausgeschlossene Landesparlamentarier König von SPD-Kollegen dabei erkannt, wie er ganze Stempel von Stimmgeldern, die für die rein Einzelstimmabgabe abgeben worden waren, in seiner Tasche verheimlichen ließ. Von unseren Genossen sofort zur Rede gestellt, gelang es heulend und jämmerlich dem Diebstahl von 100 Stimmgeldern. Unter der Wahl dieser Wahlprüfung sah sich der reformistische Wahlvorstand gezwungen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Wir erfüllen den Sturmplan der AEG

Beispiele zur Nachahmung

Alle toten Wähler hinein in die AEG! Diese Parole wird von der Arbeiterhilfe durchgeführt. Folgende Beispiele zeigen die großen Möglichkeiten:

Die AEG im Bezirk Halle-Merseburg hat die Neuwahl der AEG-Bezirke in den Betrieben und Ortskomitees begonnen. In der Industriegruppe Chemie wurden bereits acht Bezirke neu gewählt. In der Industriegruppe Eisenbau 6. In 5 Betrieben während und nach den Betriebsratswahlen folgende gute Werbergebnisse erzielt: Papierfabrik Pötenitz: 35 Neuzugewinnungen für die AEG, 5 Gauher-Expatrierte; 80 neue Mitglieder für die AEG, die Betriebsgruppe der Volkswärmer Leipzig gewannen 15 neue Mitglieder. Bei der Leipziger Straßenbahn wurden 90 neue Mitglieder gewonnen.

glieder gewonnen. Im Delsniger Revier, auf der Saale, 40 Bergarbeiter in die AEG eingetreten. Auf dem Flugfeld schloß sich 25 Kampfer der AEG an. Insgesamt gelangten in 78 Betrieben 478 neue Mitglieder während der Betriebsratswahl der AEG zufließen.

In 30 Orten wurden neue Ortskomitees der AEG mit neuen Mitgliedern gegründet. Alle Beispiele müssen überall nachgemacht werden! Bei der Vorbereitung der Demonstration am 1. Mai im Majentempfel am 1. Mai ist besonders gute Geleit für die AEG zu machen.

Erfüllt den Sturmplan der AEG!

Roter Sieg bei der AEG Transformatoren

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. April

Die Betriebsratswahlen bei der AEG Transformatoren ergab folgendes Ergebnis: Rote Einzelstimme 658 (im Jahre 73); 5 Betriebsräte und 2 Ergänzungsmitglieder (i. B. 5); Reformisten 518 (i. B. 687); 4 Betriebsräte 1 Arbeiterratsmitglied (i. B. 5); Gelbe 88 (i. B. 1) seinen Betriebsrat (i. B. 1). Der Stimmenanteil der roten Einzelstimme liegt auf 46 auf 52 Prozent, der der Reformisten auf 12 auf 14 Prozent und der der Gelben auf 42 auf 6 Prozent.

Goebbels' Lage sind gezählt

Göring, der kommende Mann — Vor dem Kanonengang Hitlers bei Hindenburg

In eingetragenen Kreisen der Berliner Nationalsozialisten ist man sich schon heute darüber im Klaren, daß Goebbels die längste Zeit der Hängelpendel der Berliner Nazis war. Die große Säge ist bereits angelegt.

Goebbels befindet sich noch immer als Gefangener seines „Freundes“ Hitler im „braunen Palais“ in München, während der Hauptmann Göring mit besonderem Auftrag Hitlers in Berlin Material gegen Goebbels zusammenträgt, dem Antreue gegen den Führer in der Vergangenheit nachgewiesen werden soll. Es liegt in der politischen Linie Hitlers, der seine Partei endgültig „antigoebbels“ und „antirevolutionär“ mit, um totalitonsfähig zu werden, daß er Goebbels in die Verantworung verschwinden läßt, dessen wiederholte Ausfälle gegen andere bürgerliche Parteien, besonders gegen das Zentrum, sehr gelandet haben, und der auch für den von Hitler von Anfang mifbilligenden Auszug aus dem Reichstag verantwortlich gemacht wird. Neu hinzukommt folgendes:

Berliner SA-Leute, die hinterher geblieben sind, haben Erklärungen abgegeben, daß sie in Zukunft jede weitere Zusammenarbeit mit Goebbels ablehnen.

Bezeichnend ist auch die Wahl Görings als politischer Kommissar Hitlers. Der ehemalige Flügelherrscher spielt nämlich seit gemeinsamer Zeit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung eine besondere Rolle. Göring ist der Verbindungsmann zum Zentrum und zum Kreis um Hindenburg. Von Hindenburg sagt man, daß er Göring „sehr liebt“.

Mit seiner Hilfe will Hitler bereits in den nächsten Tagen einen Vorstoß machen, der von der größten Bedeutung für die weitere Politik und Taktik der Nationalsozialisten ist. Nichts anderes ist geplant, als eine Unterbrechung mit Hindenburg. Bei dieser Gelegenheit will Hitler bestimmte

Erklärungen über die Politik seiner Partei und ihre Stellung Notverordnung abgeben.

Goebbels Lage sind gezählt. Darüber ist kein Zweifel möglich, daß man nach dem ersten ein vorübergehende Eingeweige 66 Sie nur über nur noch kurzer Dauer sein.

Der übermächtige Führertritt mit gegenleitigen Bestimmungen und Verhandlungen, Klagen und Gegenklagen ist nur der Vorläufer der vollkommenen ideologischen Antritt der „Theorien“, „Drängten Reich“. Es geht den Bonzen im „braunen Haus“ längst nicht mehr um die Freiheit des Volkes, für die sie langjährig her vorgaben zu kämpfen. Sie sind nichts anderes als die gewöhnlichen, wenn auch etwas raffinierteren, Kampf um zu ihrem jetzigen Streik nur lauern.

Sie freiten sich, lo heißt's, um Freiheitsrechte. Genau befehlen, find's Knechte gegen Knechte.

Wenn der Bolzeitelbel reuert

Magdeburg, 9. April. (Eig. Drahtm.)

Die hiesige Ortsgruppe der Kommunistischen Partei hatte morgen Abend der Hallenversammlung einberufen, die aber durch die Polizei auf Grund der Reichsnotverordnung verboten worden sind.

Samstag, 10. April. (Eig. Drahtm.)

Heute waszen werden in Stadt-Samm zwölf Kommunisten wegen angeblicher Beteiligung an der Demonstration im Kollonnenabend aus ihren Wohnungen heraus vertrieben. Die Verhaftungen erfolgten auf Wahrheitsähnlichkeit nach auf Grausamkeitige Denunziationen.



Wie die U.S.A. die Intervention vorbereiten

Die Hintergründe der Interventionspläne des französischen Generalstabs

Die getrige „Vramba“ drückt mit der Überschrift „Wie die Vereinigten Staaten die Intervention vorbereiten“, eine Korrespondenz ihres Newyorker Korrespondenten, Wilson, ab, in der es heißt:

Nachdem man bereits mit vollem Recht behaupten darf, daß die von französischen Generalstabs auf 1930/31 feigelegte Intervention gegen die UdSSR von der Hoover-Gruppe sanktioniert war, so ist dies Sanktionierung war mit der Notwendigkeit verbunden, das Hauptproblem der amerikanischen Wirtschaft binnen kürzester Frist zu lösen, die gewaltigen Haushaltsdefizite abzubauen und die Verfall für landwirtschaftliche Ereignisse zu haben. Wir haben hier eine ausgezeichnete Illustration zur These des Genossen Stalin auf dem 16. Parteitag vor uns, der These, daß die Bourgeoisie im Krieg einen Ausweg aus der Krise finden wird.

Ein Beweis für die Sanktionierung der Intervention gegen die UdSSR durch die Hoover-Gruppe ist die Tätigkeit des Hoover geleiteten „Farmer-Board“ (Farmer-Unterstützungsausches).

Zum Behelf dieses Ausschusses wurde von Hoover Alexander Legge eingesetzt, der vorher Vorsitzender der „Internationalen Wahlforschungs-Gesellschaft“ war, die infolge der Nationalisierung der Betriebe in der UdSSR Verluste von über 40 Millionen Dollar erlitten hat. Legge hat während des imperialistischen Krieges eine große Reichweite erlangt, als er unter Willen der Vereinigten Staaten und hochgestellter Beamten der Vereinigten Staaten war und die gesamte Bevölkerung der gegen Deutschland alliierten Truppen leitete. Damals war Hoover Legge unterstellt.

Trotz der offiziellen Fiktion, daß die Aufgabe des „Farmer-Board“ die Förderung der Genossenschaftsbewegung unter den Bauern sei usw., lief die Tätigkeit Legges praktisch auf Sicherung des Weizens und Baumwollensamens hinaus. Zu diesem Zweck bestimmte Legge die 500 Millionen Dollar, die Hoover mit Hilfe und Rat dem Kongress angefragt für Sanierung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten abgetrotzt hat. Legge hatte auf diese Weise in seinen Händen geradezu ideale Intendantenorgane konzentriert.

Über den Umfang dieser Vorräte genügt es zu sagen, daß Legge mit dem Gelde sechs bis sieben Millionen Tonnen Getreide, d. h. über zwei Drittel der gesamten Vorräte der Vereinigten Staaten, sowie 740 bis 750.000 Tonnen Baumwolle, d. h. zwei Drittel der Weltvorräte an amerikanischer Baumwolle Ende Sommer 1930 aufgekauft hat.

Es sei besonders darauf verwiesen, daß sowohl der Umfang als auch die Art der von Legge aufgekauften Vorräte bis in die letzte Zeit hinein geheim gehalten wurden.

Doch es handelt sich nicht um bloße Auflagerung, sondern um eine Auflagerung bis zu einem bestimmten Termin.

Legge entfaltete eine besonders höchste Tätigkeit im Frühjahr 1930. Die Termine, auf die Legge die Vorräte an Aufhebung zuhinführt, entsprachen den Fristen, die laut den Aussagen der Schöpfung aus der „Industriepartei“ für den Beginn der Intervention gegen die UdSSR festgelegt waren.

Die größte Teil der von Legge aufgekauften Vorräte lagerte in den Hütenebenen des ukrainischen Oxygens, obwohl die Lagerung in Beckenmagazinen teurer zu stehen kommt, als die Lagerung im Anland.

Durch die Entbindung der Interventionenpläne gegen die UdSSR in Verbindung mit dem Prozeß gegen die „Industrie-

partei“ haben die Legge-Hoover alle ihre Pläne durchkreuzt. Alle vom Kongress bewilligten Mittel waren bereits verausgabt. Hoover sah sich außer Stande, das von ihm begonnene Spiel weiterzutreiben und mußte sich zur Demission Legges bequemen, dessen Name für die Rolle zum Dolum geworden war. Am 5. März 1931 mußte Legge gehen.

Wie man sieht, sind die amerikanischen imperialistischen

Kreise mit Hoover an der Spitze genötigt, sich mit einer Glanzleistung der Intervention auszuweisen. Jedoch bedeutet Verschleppung keineswegs Verzicht auf die Intervention, obwohl gegenwärtig gerade diejenigen amerikanischen bürgerlichen Kreise, die eine Milderung der Krise in der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR zu suchen geneigt sind, eine größere Aktivität an den Tag legen. Man soll jedoch ihre Kräfte und ihren Einfluß nicht überschätzen. Die Tätigkeit des von Legge geleiteten „Farmer-Board“ zeigt, eine wie greifbare Gewalt die Frage der Intervention gegen die Sowjetunion in Amerika hat. Die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten stützt allen Einflüssen zur Verstärkung des Kreises, die der französische Generalstab gegen die UdSSR meinten will. Die kommunistische Partei der Vereinigten Staaten und die anderen Sektoren der kommunistischen Internationale müssen daraus die erforderlichen Lehren ziehen.

Die polnischen Kriegstreiber am Wert

Der Poljanzki-Prozeß — eine sowjetfeindliche Provokation

Warschau, 10. April. Schon der erste Tag des Prozeßes gegen den Aitenardi und Prokurator Poljanzki, der beantragt die Sowjetgefangenschaft in die Luft zu sprengen verurteilt wird, zeigt ein Bild auf die sowjetfeindliche Zugszene in der hier Prozeßkommission.

Poljanzki, in seinem Verurteilen der Tap eines gemachten Spiegels, nicht vor Gericht den Eindruck eines hieblosen „politischen Patriotismus“ zu machen. Sein Auftreten ist so handreich, daß es höchste Bemerkungen des Publikums hervorruft.

Das Gericht vermeidet in der Behandlung ostentativ alles, was die Hintergründe der Poljanzki-Affäre aufdecken und die Auftraggeber dieser elenden Kreatur entlarven könnte.

Die „Vramba“ behandelt in ihrem heutigen Leitartikel den Warschauer Prozeß. „Die Angelegenheit Poljanzki“ — schreibt die „Vramba“ — „ist in ihrer Gesamtheit, von der Organisierung des Attentats bis zur Gerichtsformide, ein Glied kriegerischer

Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die Tatsache, daß der Prozeß Poljanzki nicht und leicht als gewöhnlicher, wenn auch sehr erfahrener Prokurator bloßgestellt wurde, beweist, welche Maßnahmen die sowjetfeindlichen Regisseure anwenden müssen, um eine neue Verschärfung der Beziehungen der Sowjetunion zu Polen zu provozieren.

Aber es genügt nicht, im unmittelbaren Interesse der Erhaltung des Friedens in Osteuropa einen kleinen Prokurator zu desavouieren, während eine große sowjetfeindliche Provokation erfolgt wird. Poljanzki's Bombe ist nur eine der gegen die Sowjetunion gerichteten Bomben, die die Kriegsherren in Polen gegen die Sowjetunion vorbereiten.

Die Aufgabe des gesamten internationalen Proletariats, besonders der Arbeiterklasse und der merkwürdigen Massen Polens ist, die Brandstifter bloßzustellen, um ihre blutigen Pläne zu zerstören.“

Ein Dokument des revolutionären Internationalismus

Tiroler Arbeiter an die „Rote Fahne“

Die „Rote Fahne“ hilft den revolutionären Arbeitern und Bauern Tirols

Der Redaktion der „Roten Fahne“ ging aus Schwoz in Tirol das folgende Schreiben zu:

„Die revolutionären Arbeiter und unterdrückten Kleinbauern von Schwoz und Umgebung danken dem Organ Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, der „Roten Fahne“, Berlin, durch dessen Hilfe es uns möglich war, die Arbeiterfront von Schwoz im Geiste Liebknechts zu aktivieren und für die revolutionäre Kampffront der Arbeiter und Kleinbauern zu gewinnen.“

Die kommunistische Partei, die die einzige aufrichtige Kämpferin im Interesse der Ausgebetteten ist, konnte in Schwoz nur Fuß fassen dank der „Roten Fahne“, Berlin.

Meine in der Schweiz lebende Schwester, die Leiterin der „Roten Fahne“, Berlin, ist, fendet uns allmählich laufend die „Rote Fahne“ Berlins, da wir Arbeitslosen aus eine

andere revolutionäre Zeitung nicht leisten können. Dank der Berliner „Roten Fahne“ ist es uns gelungen, im Verlaufe eines Jahres innerhalb der SPD revolutionäre Arbeit zu leisten, so daß es uns gelang, eine Ortsgruppe der Roten Fahne in der Stärke von 82 Mitgliedern zu gründen, sowie aus dem reformistischen Schwund eine wirklich revolutionäre Ortsgruppe der Liebknechtschen Antifaschistischen Arbeiterbewegung in Stärke von 34 Mitgliedern zu machen. Die Gründung einer Ortsgruppe der KPD, steht unmittelbar bevor. Unseren revolutionären Dank! Im Namen unserer Genossen ein

frühtiges Rot Front

Schwoz-Tirol.

Wir Tiroler Kampfgesellen senden euch deutschen Kampesbrüder kommende revolutionäre Grüße!

Otmann der Roten Hilfe

Gruppenleiter der Arbeiterwehr und technischer Leiter

Kreisleiter von Tirol und Unterinntal
Propagandaleiter

Militärrevolte in Portugal

Belagerungszustand in Lissabon

Lissabon, 10. April. Nach Meldungen aus Lissabon hat sich die revolutionäre Bewegung in Madreta auch auf die Azoren ausgebreitet. Die Garnisonen von Ponta Delgada und Angra liefen sich den Aufständischen angeschlossen haben.

Somit ist aus den portugiesischen Nachrichten ersicht, die die portugiesische Front durchgefallen hat, ist in Portugal ein von Offizieren angeführter revolutionärer Anschlag aufgedeckt worden. In Lissabon bewachen Truppen mit aufgepanzertem Seitengewehr alle wichtigen Gebäude. Die übrige Garnison wird in den Kasernen gehalten. 30 Personen, darunter mehrere frühere Minister, sind verhaftet worden. Das Kabinett hält dauernd Sitzungen in den Kajnernen des Ministerienkomplexes.

Die gesamte Auslandspressen mit den Meldungen über einen Umsturzversuch in Portugal ist im ganzen Lande sofort beschlaggenommen worden.

Textilstreik in Frankreich

Paris, 10. April. Das Konfession der nordfranzösischen Textilindustriellen in Hilfe teilte der Arbeiterfront mit, daß „angelsichts der schlechten Gesellschaftsfrage“ eine Herbe Lohnberabsetzung unvermeidlich sei. Ueber die Höhe und den Zeitpunkt der Lohnföhrungen wurde nichts mitgeteilt. Man rechnet mit der Möglichkeit eines neuen Streiks.

Um gegen die angekündigte Lohnberabsetzung zu protestieren, haben seitern sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabriken von Roubaix die Arbeit niedergelegt.

Industriestreik in Belgien

Brüssel, 10. April. Der Kampf zwischen Arbeitgebern u. Arbeitern im belgischen Lederindustrie war mit der Arbeit beendigt worden. Die Arbeiter der Tude- und Hantungsindustrien werden am Sonnabend befristet, in den Streik zu treten.

„Volksrevolution über Deutschland“

Das ist der Titel der Rede des Führers der kommunistischen Partei, des Genossen Thälmann, die er auf dem Januar-Plenum des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands gehalten hat und die jetzt als Vorkühre vom Zentralkomitee der KPD zum Kreis von 20 Mitgliedern herausgegeben und bei allen Literaturabteilungen der Partei erhältlich ist.

Die Rede des Genossen Thälmann geht weiter über den Inhalt der noch üblichen Broschüren hinaus. Die meisterhafte Behandlung der wichtigsten Probleme der Krise des Kapitalismus und des Kampfes des arbeitenden Volkes unter der Führung der kommunistischen Partei, wie sie in dem Referat des Genossen Thälmann im Plenum des ZK zum Ausdruck kam, kommt auch in der vorliegenden Broschüre zur Geltung.

Genosse Thälmann gibt zunächst eine gründliche Analyse der Situation des Kapitalismus im allgemeinen und der Lage in Deutschland im besonderen. In klarer, verständlicher Form werden die Ursache der Krise, ihre Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung dargestellt und die Methode des Marxismus der Charakter der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Wechselwirkung zwischen allgemeiner Krise und der gegenwärtigen spezifischen Krise des Kapitalismus bestimmt und die Perspektive für die weitere Entwicklung gegenüber Genosse Thälmann dargestellt. Eben einbringlich wird die Frage der Hegemonie der Proletariats, die Führung der anderen Schichten des arbeitenden Volkes, Kleinbauern, merkwürdiger Mittelstand, im Kampf gegen den Faschismus gestellt.

In hellscheinlicher Selbstkritik werden die Fortschritte und Mängel der Arbeit der Partei, die Lehren der Streikämpfe und die Aufgaben der KPD, festgelegt, wobei einige besonders dringliche Fragen, die sich aus dem raschen Wachsen der Partei und der höheren Aufgabenstellung ergeben, wie die Frage der Heranzulassung neuer Parteifunktionäre und der Funktionäre der Massenorganisationen ausführlich behandelt werden.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland seit der Tagung des Plenums des Zentralkomitees der KPD ist eine glänzende Bestätigung der Darstellung, wie sie Genosse Thälmann in seinem Referat gegeben hat. Die Rede des Genossen Thälmann erleichtert den Arbeitern das Verständnis der heutigen politischen Situation und sie gibt gleichzeitig eine Anleitung zum revolutionären Handeln. Darum geht die Broschüre in die Hand eines jeden Arbeiters.

schonung gegenwärtig selbst noch allen bürgerlichen Geiststellungen keinerlei Anzeichen vorhanden sind.“

Nachdem Genosse Thälmann die Methoden aufgezeigt hat, mit deren Hilfe die Bourgeoisie die Krise überwinden will, wozu nicht nur der verstärkte Lohnabbau, der Abbau der sozialen Einrichtungen, sondern auch die Durchführung der faschistischen Diktatur gehört, (wobei Genosse Thälmann in ausführlicher Weise und gründlich die Probleme des Faschismus behandelt), kommt er zu der Aufgabenstellung für die kommunistische Partei und für die Arbeiterfront, um die Krise des Kapitalismus auf revolutionärem Wege, durch die proletarische Revolution, zu überwinden.

„Der Zusammenbruch des Kapitalismus, wie ihn Marx und Lenin aufzeigten, ist ein historischer Zusammenbruch, kein mechanischer, kein automatischer. Wir müssen die Situation ausweglos für den Kapitalismus machen. Solange der Ruhestampf hat gegelt, ein wie gemaltiger, krisenverforschender Faktor jeder Lohnkampf auf Grund seiner heutigen politischen Bedeutung werden kann, wenn ihn das Proletariat unter richtiger Führung durch die KPD, entfacht. In Offensivgefechten, in der Gegenoffensive, im revolutionären Massenkampf des Proletariats liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation.“

Genosse Thälmann behandelt dann eingehend die Hauptaufgabe der Partei, die KPD, zu einer Massenorganisation zu machen und mit ihrer Hilfe die Kämpfe des Proletariats zu organisieren. Die Fragen des Massenkampfes gegen den Faschismus, die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Einheitsfront des Proletariats, werden in eindringlicher Klarheit dargestellt. Im Zusammenhang damit wird die theoretische Krise der Sozialdemokratie aufgezeigt und die Rolle der SPD, als Hilfspolizeist des Faschismus charakterisiert. Eben einbringlich wird die Frage der Hegemonie des Proletariats, die Führung der anderen Schichten des arbeitenden Volkes, Kleinbauern, merkwürdiger Mittelstand, im Kampf gegen den Faschismus gestellt.

„In hellscheinlicher Selbstkritik werden die Fortschritte und Mängel der Arbeit der Partei, die Lehren der Streikämpfe und die Aufgaben der KPD, festgelegt, wobei einige besonders dringliche Fragen, die sich aus dem raschen Wachsen der Partei und der höheren Aufgabenstellung ergeben, wie die Frage der Heranzulassung neuer Parteifunktionäre und der Funktionäre der Massenorganisationen ausführlich behandelt werden.“

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland seit der Tagung des Plenums des Zentralkomitees der KPD ist eine glänzende Bestätigung der Darstellung, wie sie Genosse Thälmann in seinem Referat gegeben hat. Die Rede des Genossen Thälmann erleichtert den Arbeitern das Verständnis der heutigen politischen Situation und sie gibt gleichzeitig eine Anleitung zum revolutionären Handeln. Darum geht die Broschüre in die Hand eines jeden Arbeiters.

nahmt
werden
Hungers
auf
Zivilis
t
Prozeß
Wochen
Krausen
schieben
ist der
te, der
wurd
aus
hüfte
tobete
zu
Sturm
festens
wurde
wahrscheinlich
in die
Infle
befand
über
Zuh
g n p

Rund um den Erdball

Es gibt keine Steuergerechtigkeit!

Unversteuerte Millionen

Skandalöse Steuerhinterziehung in Hamburg von Amtswegen

Spare in der Schweiz, So hast du in der Not!

In die Kommunistische Reichstagsfraktion

Berlin R 33 7

Reichstag

Wetz. Behördliche Behandlung einer Anzeige gegen einen Großkapitalisten wegen Steuerhinterziehung größeren Umfanges

Wetz. Warnung. Es wird öffentlich darauf gewarnt, Steuerhinterziehungen von Großkapitalisten zur Kenntnis der Steuerbehörde zu bringen, da die Finanzbehörde ihre Pflicht doch nicht erfüllt. Das Reich braucht kein Geld. Es kommt da auf 1 Million Reichsmark mehr oder weniger z. Z. nicht an.

Hamburg, Datum des Poststempels.

Ich erlaube mir, Ihnen folgenden, von mir bereits fünf etwa einem halben Jahr bearbeiteten Fall vorzutragen, den ich zunächst nur kurz schildere.

Gegen einen Hamburger Großkaufmann, einen vielfachen Millionär, war Ende September 1930 bei der zuständigen Finanzbehörde eine Anzeige wegen Steuerhinterziehung erheblichen Umfanges erstattet. Es handelt sich dabei um ein genau spezifiziertes, im Ausland befindliches und aus Effekten bestehendes Vermögen von rund 4 Millionen Reichsmark, welches seit Jahren nicht versteuert ist, und für welches hinterzogene Vermögenssteuer, Einkommensteuer aus den Dividenden der Effekten und möglicherweise auch Einkommensteuer aus der Entziehung des Vermögens in Betracht kommt, also um eine erhebliche Mehrerinnahme für das Reich.

Statt aber nun der Behördliche sofort vernommen wurde, ist keine Vernehmung trotz mehrfacher Mahnungen und trotz zugespitzter Befehlshaltung von der Behörde zunächst erst einmal über 3 Monate verschleppt. Als dann die Behörde im Januar d. J., und zwar offenbar erst wieder zufolge meiner Beschwerde beim Reichsfinanzministerium vom 1. Januar d. J., endlich an den Behördlichen zur Vernehmung herantreten wollte, war dieser gerade eben im Januar auf längere Zeit — man sprach von 6 bis 9 Monaten oder mehr — nach Übersee verreist. Die Sache soll nun weiter bis nach Rückkehr der Behördlichen ruhen.

Wenn der Behördliche in dieser langen Zeit schon Wind von der Sache bekommen habe oder noch bekommen sollte, und wenn der Erfolg zum Schaden des Reichs schließlich erreicht wird, so würde mich das nach Lage der Verhältnisse gar nicht wundern nehmen. Ich halte bei der heutigen katastrophalen Notlage des Vaterlandes der Behörde für demagogisch, daß es zum Zwecke der Reinigung zum mindesten öffentlich angeprangert werden müßte, daß ferner die Behörde für den Schaden verantwortlich gemacht werden und schädenersehspflichtig gemacht werden müßte, und daß schließlich für die weitere Erledigung des Falles die nötigen Sicherungen geschaffen werden müßten.

Ich stelle anheim, sich von der Richtigkeit meiner Angaben vorher durch einen hierigen zuverlässigen Vertrauensmann bei mir zu überzeugen, falls dadurch die Verfolgung beschleunigt wird.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, der ich auf Empfehlung der Reichstagsredaktion des „Vor-

wärts“ den Fall bereits vor 3 Wochen mit allen Einzelheiten und Belegen unterbreitet hatte, hat mir gestern auf meine Mahnung u. a. geantwortet, daß in der Sache selbst nichts mehr zu veranlassen sei?? In Wirklichkeit ist aber sehr Wichtiges zu veranlassen, nämlich 1. die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und 2. vor allem einen Zeugen sicherzustellen, der für die spätere Austragung von größter Wichtigkeit ist, um etwaige spätere Einwände des Beschuldigten zu widerlegen, da der Behördliche auch der Behörde als unwilliger und freizeiter Steuerzahler bekannt ist.

Von einer Vermögensbeschlagnahme infolge begründeten Verdachts zur Sicherung des Staatsinteresses soll nach Ansicht

der Behörde keine Rede sein können, da die Zahlungsfähigkeit des Beschuldigten über jeden Zweifel erhaben sei und die Behörde die Sachhaltungsooll

ges.: Wilhelm Brantje, Hamburg 20, Friedenstr. 69

Die Zufahrt dieses als Kommunist gemiß unerschütterlich Hamburger Bürgers ist nicht zu bestreiten. In einer Zeit also, in der die Gerichtsbarkeit bei den Klagen der Arbeiterklasse überhand nimmt, bei den über und über verschuldeten Kleinbauern überhand nimmt, bei dem gesamten verelendeten Mittelstand aus den Millionen die Steuern der Beamten gegen den steigenden Steuerhinterziehungen geradezu geschützt. Besonders auffällig ist auch durch diese Zufahrt auch die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich, wie hier klar nachgewiesen, wieder einmal als Millionärbehörlerin hervorzuheben. Alles in allem beweist dieser Brief wieder einmal den von uns unter Reichstagsfraktion so oft angeprangerten Stand, daß, je schneller man gegen die kleinen Leute, die rücksichtslos die Behörde den Youngdeutschen gegen Millionäre werden.

Massenmörder Kürtens unglückliche Opfer

Am 13. April wird der Massenmörder Peter Kürten wegen der Ermordung folgender hier abgebildeter Personen zur Rechenschaft gezogen werden: 1. Rose Olingner, 10 Jahre alt, ermordet am 8. Februar 1929; 2. Maschinist Rudolf Scheer, 50 Jahre alt, ermordet am 10. Februar 1929; 3. Hausangestellte Maria Hanh, 20 Jahre alt, ermordet am 11. August 1929; 4. Hausangestellte Ida Reuter, 29 Jahre alt, ermordet am 29. September 1929; 5. Elisabeth Dörrier, 22 Jahre alt, ermordet am 12. Oktober 1929; 6. Frau Hubertine Meurer, 34 Jahre alt, überfallen am 25. Oktober 1929; 7. Gertrud Alderman, 5 Jahre alt, ermordet am 9. November 1929, und weitere zwei Opfer.



Je höher die Zollmauern, desto blutiger werden die Schmugglerkämpfe

Feuergefechte mit Schmugglern

Wieder ein Todesopfer an der Zollmauer — 2 Millionen geschmuggelte Zigaretten beschlagnahmt

Am 10. April. Je höher sich die kapitalistischen Reaktionen durch Zollmauern von einander abgrenzen und in dem Maße, wie überall die Arbeitslosigkeit steigt, entwickeln sich die Schmugglerkämpfe an allen Grenzen zu wahren Guerillakriegen. So wird jetzt erst bekannt, daß vor einigen Tagen wieder einmal an der deutsch-holländischen Grenze im Direkten Bezirk ein Schmuggler von Grenzbeamten erschossen wurde.

Dieser Schmuggler hatte mit mehreren anderen versucht, des Nachts heimlich Zigaretten über die Grenze zu bringen. Dabei wurden sie von patrouillierenden „Grenzern“ gefasst. Es ent-

und trotzdem die Strafen ständig verschärft werden, werden immer mehr Arbeiterlose aus den Grenzorten, die das Hungerleben jenseit sind, gezwungen, als Schmuggler ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Eine herrliche Ordnung, diese christliche Zivilisation!

Massenmörder Kürtens vor Gericht

Am Montag beginnt der Düsseldorfster Nordprozess Düsseldorf, 10. April. Am Montag nächster Woche beginnt der Nordprozess gegen den Düsseldorfster Massenmörder Peter Kürten vor dem hiesigen Schwurgericht. Die Anklage gegen ihn umfasst neun Morde und sechs Mordversuche an Frauen und Kindern.

Nach dem Haarman-Verdacht in Hannover ist der Prozess gegen den Düsseldorfster Massenmörder der größte, der jemals in der Vergangenheit in Deutschland geführt wurde. Selbstverständlich werden wir unseren Lesern laufend und ausführlich über den Verlauf desselben berichten.

125 Fischer ertrunken

Folgen schwerer Unwetter an der Südküste Koreas

London, 10. April. In der Nacht zum Freitag tobt an der Südküste von Korea ein furchtbares Unwetter. Mehr als 100 Fischerboote sind dem Sturm zum Opfer gefallen. Man befürchtet, daß mindestens 125 Fischer ertrunken sind.

Ein Todesopfer der Rationalisierung

In einer Brandenburger Juteleimerei wurde der Arbeiter Karl Wassmannsdorf von einer Maschine erfasst und herumgeschleudert. Die Verletzungen, die er dabei erlitt, waren so schwer, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Zeppelin über Afrika

Nach einer in Hamburg eingetroffenen Meldung befindet sich das Luftschiff „Graff Zeppelin“ am Freitag früh über Bengali auf der Straße Tripolis — Kairo. Das Luftschiff macht schnelle Fahrt und wird am Samstag das ägyptische Gebiet erreichen.

Verantwortlich: Richard Strauß, Berlin.

Sagt's weiter . . . !

Manchmal kann man sich geradezu die Plätze an Hals ärgern, wenn man weiß, wie dankenswerten Genossen durch die Weltgeschichte stiefeln. Führt ich da vor einigen Tagen in einer Elektrischen. Ganz hinten saß ein Jugendgenosse, der sich durch ein großes Abzeichen als solcher kenntlich gab. Neben ihm stützte sich so ein eleganter Lausitzer mit Monjou-Bärtchen, der die „Berliner Illustrierte“ las und sie, als er ausstieg, achtlos auf dem Platz liegen ließ. Und was tat nun mein Jugendgenosse? Schnappt er sich das in allen Farben schillernde Ullstein-Replum, um es unschädlich zu machen? Mitnichten! Er strafte den Fetzen mit Verachtung und glaubte somit wunder was für ein knorker Kommunist zu sein. Nun aber setzte sich auf der nächsten Station ein krumm und lahmesohlfotter Prolet auf den Platz. Und was tat der? Er las natürlich die „Berliner Illustrierte“ und nahm sie nachher mit nach Hause. Was sagen die Zellen dazu? Findet ihr, daß sich dieser Jugendgenosse richtig verhalten hat?

Ueberschwemmungskatastrophe in Peru

Bisher 30 Todesopfer

London, 10. April. Nach einer Meldung aus Peru ist der Bezirk Cayno infolge von langanhaltenden wolkenbruchartigen Regenfällen, die überall die Flüsse anschwellen ließen, von einer großen Ueberschwemmung heimgesucht worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sollen dabei insgesamt 30 Personen ums Leben gekommen sein.

Hilferufe von einem brennenden Dampfer

Die Funktionäre der Diktatur von Nordamerika fing funktentelegraphische Hilferufe des Motorradfahrers „Kordopa“ auf. Das Schiff befindet sich an der Küste des Staates Virginia in Brand und treibt Feuerlöscher umher. Die Besatzung in Stärke von 42 Mann hat den Dampfer in Rettungsbooten verlassen.

Schon gezeichnet?



Name	R.M.	Pf.	Name	R.M.	Pf.
Übersendung					

Man kann sich nun ein regelrechtes Feuergefecht, in dem der Schmuggler so schwer verliert wurde, daß er bald darauf verstarb.

Nach ergänzenden Mitteilungen hat die Schmuggelerei in der letzten Zeit ganz besonders zugenommen. Die Schmuggler haben sich zu Banden von 10 und mehr zusammengeschlossen, die alle mit Schusswaffen ausgerüstet sind. Nach Auffassung der Zollbehörden sind im letzten Monat nicht weniger als für zwei Millionen geschmuggelte Zigaretten beschlagnahmt worden. Selbstverständlich ist das nur ein winziger Bruchteil von den Millionen, die glücklicherweise die Grenze gebracht wurden.

Trotzdem sich die Schmuggler der Gefahr wohl bewußt sind — die Grenzern haben Befehl, rücksichtslos zu schießen —



Sonnabend, den 11. April 1931.

Unsere Antwort an Brüning und Severing

Genossen vom Stadtteil Zentrum!

Am Donnerstag, dem 2. April, wurde von den Betriebs- und Straßenzellen beschlossen, als Antwort an Brüning und Severing in einen Wettbewerb mit Euch zu treten. Die Zellen haben sich verpflichtet, im Monat April folgende Werbung durchzuführen:

Zelle 1

- 15 Mitglieder für die Partei
- 15 " " " RGO
- 5 " " den KAPB
- 5 Abonnenten für den „Klassenkampf“

Zelle 2

- 15 Mitglieder für die Partei
- 15 " " " RGO
- 5 " " den KAPB
- 5 Abonnenten für den „Klassenkampf“

Zelle 3

- 10 Mitglieder für die Partei
- 8 " " " RGO
- 10 Abonnenten für den „Klassenkampf“
- und Vertrieb von
- 50 Stadtteil-Zeitungen

Zelle 4

- 10 Mitglieder für die Partei
- 8 " " " RGO
- 10 Abonnenten für den „Klassenkampf“

Zelle 5

- 10 Mitglieder für die Partei
- 15 " " " RGO
- 5 Abonnenten für den „Klassenkampf“

Zelle 6

- 10 Mitglieder für die Partei
- 15 " " " RGO
- 5 Abonnenten für den „Klassenkampf“

Die anderen Zellen melden noch nach, so daß wir vom Stadtteil Westen im Monat April insgesamt 100 Mitglieder für die Partei, 100 Mitglieder für die RGO, 50 für den KAPB und 50 Abonnenten für den „Klassenkampf“ werden wollen.

Wir fordern den Stadtteil Zentrum aus, mit uns in den Wettbewerb zutreten

Ihr habt in der Märzkampagne die Spitzenerleitung bei der Werbung. Nun, wir wollen Euch einholen und überholen. An die Arbeit, Genossen vom Zentrum! Gebt Antwort, ob Ihr annehmt!

Mit kommunistischem Gruß

Die Stadtteilleitung der KPD, Westen

Ein Kommunist spricht in Nazi-Verammlung

Sozialhörsaalerei, gestern Abend. Der Saal ist mächtig besetzt. Die Nazis machen Verammlung, also ist es kein Wunder. Es berichte eine ausgesprochene Gegenmeinung. Als Redner war Manfred von Rippenroth erschienen. Nun, Manfred Rippenroth hat seinen Willen Kopf, aber eine mächtige Großschauze. Nachdem er zehn Minuten lang das blaßeste Gesehener untergenommen hatte, wurde ihm von einem Volksgenossen das Wort entzogen. Rippenroth durfte also nicht weiterreden. Für ihn sprang der Stadtorordnete Carnowitsch ein. Dieser Unglückswurm verzagte natürlich erst recht beim Antritt. In der Diskussion meldete sich ein Kommunist, und zwar der Genosse Kiegl. Als dieser mit seiner Rede begann, wurde auf Befehl die gesamte SA aus dem Saal expediert. Vor dem Saal mußten nun die SA-Leute warten und kriechen. Einer erklärte: „Ausgerechnet, wenn ein Kommunist spricht, dürfen wir nicht drin bleiben.“ Genosse Kiegl sprach 20 Minuten und rechnete mit den Nazis vorzutreten gründlich ab. Hatte der Kommunist nicht gesprochen, die Verammlung wäre wie eine Trauerverammlung verlaufen. Bei den Nazis herrscht keine Stimmung mehr. Sie können sich getrofft begraben lassen.

Nazi-Heberfall

Am Donnerstag gegen 23 Uhr wurden auf dem Robert-Franz-Ring einige Jugendarbeiter, die sich auf dem Heimweg befinden, von einer 40 Mann starken Nazi-Menge überfallen. Ein Jugendarbeiter wurde brutal zu Boden geschlagen. Die Nazis gingen dabei mit Schlagring und Waffeln vor. Der Jugendarbeiter wurde im verletzten Zustand zum Arzt gebracht und dort verbunden.

Mit dem Fahrrad tödlich verunglückt

Der in Oppin wohnhafte 20 Jahre alte Arbeiter Bannier führte in der Rückstraße unglücklich mit seinem Fahrrad, daß er in befürchtungslosem Zustande der Unfallschutzklappe aufgeführt werden mußte, wo jedoch nur noch der Tod des Verunglückten festzustellen werden konnte.

Achtung! Halle-Osten!

Alle Mitglieder der Betriebsgruppen und Erwerbslosen der RGO des Stadtteils Osten kommen am Sonntag, dem 12. April, 9.30 Uhr, ins Lokal Albrecht, Unterlößling 17, „Promenaden-Abschnitt“, zu einer wichtigen RGO-Mitgliederversammlung.

An alle werktätigen Steuerzahler von Halle

Anlässlich der am Dienstag, dem 14. April im „Zoo“ stattfindenden öffentlichen Verammlung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion ist an zahlreiche Einwohner und Steuerzahler von Halle das folgende Schreiben gerichtet worden:

Sehr geehrter Herr!
Mit großem Interesse werden auch Sie die Beratungen über den Haushaltsplan der Stadt Halle für das Jahr 1931/32 verfolgt haben. Die Arbeiterkassen und die Kreise des Mittelstandes bekommen die Auswirkungen der ungeheuren wirtschaftlichen Krise am meisten zu spüren. Neue Steuern sind beschließen, welche die Arbeiterkassen und den Mittelstand noch härter belasten.

700 000 Mark neue Steuern — die Erhöhung der Biersteuer und der Bürgersteuer — eine halbe Million Streichungen bei den Volksteuern — Erhöhung der Mieten!
Ist Ihre Rage, ob Sie diese neuen Steuern tragen können?
Wie denken Sie? — Was ist unsere Meinung?

Während der Beratungen hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion einen heftigen Kampf gegen diese unerhörten Belastungen geführt. Eine Reihe ihrer Mitglieder wurden in propagatorischer Weise für mehrere Sitzungen ausgeschloffen. Als die hallischen Gastwirte und Saalbesitzer und die Mieter in ihren öffentlichen Verammungen gegen die neuen Belastungen protestierten, waren es die kommunistischen Stadtverordneten, die sie in ihrem Kampfe unterstützten.

Immer wieder hat die kommunistische Fraktion den hallischen Bürgern bewiesen, daß der hallische Etat ein Klassenetat ist, der nur die Arbeiterkassen und die werktätigen Schichten des Mittelstandes belastet.
Die Vertreter der SPD bis zu den Nationalsozialisten stützten diese Politik des Abgeordneten-Rippenroth.
Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion dagegen hat dem

Etat nicht ihre Zustimmung gegeben. Wir stellten Anträge, die in Ihrem Interesse lagen. Der Block von der SPD bis zu den Nationalsozialisten lehnte diese Anträge ab.

Was haben wir für Steuern gefordert?
Was war unsere Begründung?
Am Dienstag, dem 14. April, 20 Uhr werden die kommunistischen Stadtverordneten in einer **großen öffentlichen Verammlung im Zoo** ihre Stellungnahme klären.

Hierzu haben wir den Magistrat, die bürgerlichen Stadtverordneten sowie die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten geladen. Herr Rippenroth, der in den „hallischen Nachrichten“ eine reaktionäre Haltung verteidigen will, ist besonders aufgerufen erschienen.

Als Redner haben wir den Reichstagsabgeordneten **Wilhelm Rautemann** und den Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, den Redakteur **Erich Behnke**, verpflichtet.
Wir bitten auch Sie und Ihre nächsten Bekannten, unsere Verammlung zu besuchen und sich Unterstützung über die wirksamen Maßnahmen zu holen. Wir sind bereit, auf jede an uns gestellte Frage in dieser Verammlung zu antworten.
An der Erwartung, daß Sie bestimmt erscheinen zeichnet **Schachtungssozial**
Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion
i. A. E. Behnke

Organisiert den Kampf

Gegen die Genossenschaftszerstörer!

Wählt Delegierte zur Mitteldeutschen Genossenschafts-Delegiertenkonferenz!
Genossenschaftler, Arbeiter, werktätige Verbraucher!
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die G&E sind in dieser Zeit des Niederganges und der wachsenden Krise im Kapitalismus zu Werkzeugen und Helfern der trusts-kapitalistischen Diktatur geworden.

Gegründet als Interessenvertretungen der Massen der werktätigen Verbraucher, dienen sie heute der Wiederherstellung der Arbeiterklasse, begünstigen und unterstützen sie die unerhörte Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Verbraucherklasse. Jede Döpposition gegen diese arbeitserwidende Haltung der sozialfaschistischen Genossenschaftsführung wird auf den Tagungen des Zentralverbandes und der Unterverbände brutal unterdrückt. Die revolutionäre Arbeiterpresse wird dort hinausgeworfen. In den einzelnen Genossenschaften werden die Vertreter der Döpposition ausgeschlossen. Arbeiter und Angestellte, die in den reformistischen Genossenschaftsbetrieben, die arbeitserwidende Haltung der sozialfaschistischen Geschäftsführungen festhalten, werden gemißregelt und auf die Straße getrieben.

Kriegsanleihe, Zeppelin-Spende, Schenker-Kongern, Korn- und Brotpreisänderung, Zündholz-Monopol, ungeheure Geldspenden zur Unterfütterung der Polizei- und Pangerstreuer-Politik der SPD, Verschönerung des Kampfes der KPD gegen die ungeheure Steuerungs durch Zölle und Steuern, Zerstückelung gegen opponierende Arbeiterkonsumvereine,

die noch unter sozialfaschistischer Führung stehen, tritt in ein aktiverer Solidarität mit den roten Konsumvereinen und auf der Basis der Bürokratie der Unterverbände um wieweitere folgt und gemahnet.

Die Sozialdemokratische Partei und die Renegaten und Kapitalverleger, vereint im „Lenin-Bund“ und bei den Brandierischen Hilfsorganisationen der SPD, wenden alle nur erdenklichen Mühen und Kräfte auf, die junge proletarische Genossenschaftsbewegungen zu liquidieren und dem Sozialismus zum Opfer fallen lassen.

Wir rufen die Mitgliedschaften aller Konsumvereine Mitteldeutschlands, die von der SPD-Bürokratie und deren Sympathisanten gegen die Verbraucher-Interessen der Arbeiter und Arbeitermassen mißbraucht werden, auf zur schärfsten rücksichtslosen Kritik und Döpposition gegen die verräterische Bürokratie-Verwaltung.

Verbrettel die Döppositionsbewegung! — Organisiert weiter in jeder einzelnen Genossenschaft! Dabier nicht länger als Einleitung der Mittel der Genossenschaften und ihrer organisierten Stärke im Dienste der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung.

Kämpft für ihre Ausweitung zur Unterfütterung der Arbeiterklasse in ihrem Bestreitungskampf, im Kampfe für Lohn, Brot, gegen Steuerungs, Hunger und Kassennot!

Wählt in Verteilungssitzungen-Verammungen Delegierte, die Sie sind, die Interessen der Mitglieder sowie der gesamten Massen der werktätigen Verbraucherklasse gegen die reaktionäre Bürokratie vertreten und beauftragt sie zur Teilnahme an der für den 10. April nach Halle einberufenen.

Mitteldeutschen Genossenschafts-Delegierten-Konferenz! Die Arbeiterkassen in den Betrieben und allen proletarischen Massenorganisationen fordern wir auf, Stellung gegen die Unterdrückung der Konsumvereinschaften und ihrer Einrichtungen im Interesse der Feinde der Arbeiterklasse.

Jeden Betrieb und jede proletarische Massenorganisation Mitteldeutschlands fordern wir auf zur Entsendung von Delegierten zur Bildung der Einheitsfront der werktätigen Massen gegen den Verbruch oder Zerstückelung der mitteldeutschen Genossenschaftlichen Sozialismus und Sozialfaschismus!

Halle, den 11. April 1931.
Die Leitung der proletarischen Genossenschaftlichen Döpposition Mitteldeutschlands.
(Zuschriften sind zu richten an: Kurt Kränitz, Halle a. d. Saale, Verghelendstraße 14.)

Vorsicht NAB-Sparer!

Nach der nunmehr erfolgten Eröffnung des Vergleichsverfahrens ist eine erneute Entbindung aller Sparer beschieden. Die Verarmung über den von der Verwaltung vorgeschlagenen Vergleichsentscheidungs notwendig. Dazu hindert die Funktionäre des NAB, die in diesen Tagen durch die Funktionäre des NAB allen Sparern zur Einsparung unterbreitet werden.

Nicht wird von verschiedenen Seiten berichtet, daß die Sparer aus dem Renegatenlager gefunden haben, die die Sparer nicht lassen wollen, durch Fernabschaltung ihrer Sparbriefe und durch eine Unterfütterung jener Kreise bedeutet, die auch heute noch dem Zulammenbruch des NAB und damit der Arbeiterklasse Schädigung aller Mitglieder und Sparer arbeiten.

Mobilisiert die Betriebe

Gen. Fritz Heckert, M. d. R., Berlin, Reichsführer der RGO und Willi Dolgener, Halle, Bezirksführer der RGO, sprechen Freitag, dem 17. April in Halle in zwei großen Massenversammlungen

„Dagegen läßt sich eben nichts machen!“

in interessanter Steuerkreitprozess vor der Strafkammer — Bantrotterklärung der bürgerlichen Mitte

Die erste Strafkammer des Hallenser Landgerichtes verhandelte gestern gegen mehrere wegen Verletzung von Steuerkreit...

Die Urteilsbegründung fiel fast wortgetreu so aus: Im Jahre 1930 waren die Finanzen des Deutschen Reiches ziemlich verfallen...

Genosse Gutschowies in seinen Ausführungen, wie auch schon den früheren Verhandlungen darauf hin, daß die wegen Aufhebung...

In der Tat, eine „staatliche“ Urteilsbegründung. Sie war eine Bantrotterklärung der bürgerlichen Rechtsprechung.

Die Taten der Ausbeutung und Verelendung der Massen werden die notleidenden Schichten unangenehm vor die Frage stellen...

In der am Dienstag, dem 14. April, stattfindenden öffentlichen Versammlung im Saal des Zoo wird über die Bestimmungen der Diktaturkreiter in Halle gesprochen werden.

Aus dem Saalkreis

Sozialdemokraten überfallen rote Sportler

H. A. Mettin. Am 8. April gegen 11 Uhr abends fanden mehrere rote Sportler an der Kaiser gegenüber dem Konsumverein Mettin und unterhielten sich...

Mäßiglich fast ohne jede Veranlassung der SPD-Mann

Seine vier Spielfreunden schlugen ebenfalls auf die roten Sportler ein. Die umhertreibenden Arbeiter und Arbeiterfrauen, die den Streit löschigen wollten, wurden auch angegriffen...

Die Arbeiter von Mettin haben am diesem Abend ein Musterbeispiel dafür bekommen, wie die „geheilten Massen“ ausweichen...

Nach Ammendorf. Der Rufus über „Grundprobleme des Marxismus“ findet in dieser Woche ausnahmsweise am Dienstag statt.

Arbeiter-Sport

Bestigt Halle, Fußballpartie

Das in der Donnerstagsausgabe veröffentlichte Spiel unter Nummer 945 (Schaalun-1-Draun) 1 findet am 17. April statt und nicht am 12. April...

heute abend Spartenkämpfe

In den bekanntesten Sparten. Wie Spartenvereine sind verpflichtet, von ihren Sparten einen Bericht anzufertigen, der bis spätestens Dienstag abgeleitet...

Verensaffler!

Auf bei morgigen Hallenbänken Bundeskonferenz sind die reichhaltigen Beiträge der Reichs- und Landesstellen abzugeben...

Trauerstunden, Bestigt Halle

Am Sonntag, dem 19. April, findet unter Bestigt Hallebestimmung im Saal des Zoo...

Werbeveranstaltungen in Dieritz

8-9 Uhr: Arbeiter 2. Rang - Bismarckplatz 2. Rang. 9-10 Uhr: Arbeiter 3. Rang - Bismarckplatz 3. Rang...

Die Organisationen rufen!

Internationaler Arbeiter-Hilfe. Weisheit. Am Sonntag, dem 11. April, 20 Uhr, im „Kreisel“ Mitgliederversammlung.

Rundfunk-Programm

7 Uhr: Hamburger Holztanz. 8 Uhr: Rundfunkkonzert. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9-10 Uhr: Morgenzeitung. 10.15 Uhr: Die deutsche Sprache...

Montag, den 13. April

9.45 Uhr: Weltfunknachrichten. 10.00 Uhr: Wetterbericht und Verkehrsbefragung. 10.15 Uhr: Die deutsche Sprache...

Wir haben direkt auf die Schaffung des roten Einheitsverbandes gewartet

Ein Landarbeiter schreibt. Ein Landarbeiter aus dem Kreis Delitzsch schreibt seinem roten Verband folgenden Brief: Liebe Genossen!

Dieser Brief spricht für sich. Was der Landarbeiter vom Kreise Delitzsch schreibt, gilt auch von anderen Orten und Kreisen.

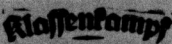
„Die in Reichheim verlassenen Landarbeiter und Erwerbslosen erklären sich bereit, mit aller Kraft für die Kämpfe der Landarbeiter einzustehen.“

Die vielen Tausende von Arbeitern, die für die roten Einheitsverbände getreten haben, müssen sich in den Betrieben starke Betriebsgruppen der RGO bilden!

Werdet die roten Wähler als Mitglieder!

Für Kinder nur Chlorodont

Jung gewohnt ist alt getan! So heißt's im Sprichwort und so bin ich auch mit ihrer Chlorodont-Zahnpaste gefahren. Als Knabe kaufte mir die Mutter schon immer obige Paste...



AUS MITTELDEUTSCHLAND

So wird die Notverordnung gehandhabt Mitgliederveranstaltungen unter Polizeikontrôle

Widersteht auch gegen Übergriffe, die unter Verletzung auf die Notverordnung vorgenommen werden - Ein reichliches Beispiel für alle mitteldeutschen Arbeiter

Wie teils mancher Behörden die neuen Diktatorverordnungen ausgelegt werden, das hat sich mit aller Deutlichkeit bei dem Vorgang in R.L. Wanzleben gezeigt. Nach der Auffassung des dortigen Amtsvorstehers kann jede Behörde die Notverordnung so auslegen, wie es ihr gerade beliebt. Die ganzen Kommunisten sichten sich zu nur einzig und allein gegen die Arbeiterorganisationen. Es kommt ihnen also bei der Auslegung auf einen Mißgriff mehr oder weniger gar nicht an. Die Hauptsache ist, daß den Arbeiterorganisationen genügend Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Raum sind einige Tage seit dem Erlass der Notverordnung verfloßen, und schon können man Hände schreiben über die Auslegung der Notverordnung durch einzelne Polizeibehörden. So fand z. B. am Donnerstag, dem 2. April, eine Mitgliederversammlung der Kommunistischen Partei in der Wagnerschen Gastwirtschaft statt. Früher noch als die Mitglieder zur Stelle waren, sah schon der Amtsvorsteher in der Restaurierung und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Was dann gegen 8 Uhr die Mitglieder der Partei ab der Referent erschienen und in den eigentlichen Versammlungsraum gingen, hätte der Amtsvorsteher schon mit sich nach dem Vertrauen auf seine Wichtigkeit an einem Tisch im Versammlungsraum Platz. Er träumte von den herrlichen Zeiten des imperialistischen Sozialismus und bildete sich ein, daß das Verhalten der Mitgliederversammlung von seiner allmächtigen Entscheidung abhängt. Als er zum Referenten gefragt wurde, was denn eigentlich hier mitle, erklärte er:

„No, diese Mitgliederversammlung findet in einem öffentlichen Lokal statt. Sie ist deshalb als öffentliche Versammlung der KPD zu bewerten und muß deshalb auch übernacht werden, so habe der Amtsvorsteher von R.L. Wanzleben entschieden.“

Für den Amtsvorsteher von R.L. Wanzleben ist also nicht entscheidend, wer an dieser Versammlung teilnimmt, sondern wo sie stattfindet.
Bei den energischen Einspruch des Referenten, der dem Amtsvorsteher in langen Auseinandersetzungen klarzumachen mußte, daß kein Amtsvorsteher sich bei der Durchführung seiner Aufgaben von vollständig falschen Voraussetzungen leiten läßt, mußte der Polizeichef ganz erschüttert dazu bequamen, den Versammlungsraum zu verlassen. Aus diesem Vorgang geht hervor, daß es endlich Zeit wird, der untergeordneten Behörden ein eindeutiges Urteil zu erteilen, damit sie nicht an und für sich schon schuldige Notverordnungen politisch noch richtig auslegen in die Lage kommen. Bei der politischen Einstellung der Behörden ist jedoch damit zu rechnen, daß solche reaktionären Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse hilflos wegschwinden werden, denn nicht gar direkt unterstützt werden. Allerdings haben auch diese Behörden einen Fehler gemacht.

Mitgliederveranstaltungen sind nicht anmeldspflichtig. Es genügt, nachdem unsere Genossen dies an. Allerdings ist das

dem Amtsvorsteher unterzeichnete Anschreiben ein Beweis dafür, daß sich der Amtsvorsteher selbst nicht klar ist, denn es wurde ihm ausdrücklich erklärt, daß es sich um eine Mitgliederveranstaltung handelt. Diesen Mißgriffen der Behörden können unsere Genossen aus dem Vorgesagten, daß sie in Zukunft Mitgliederveranstaltungen nicht anmelden!

Betriebsmord im Sprengstoffwerk Reinsdorf ungelöhnt

Die Verlesung bleibt ungehört

Am 18. März ereignete sich bekanntlich in einer Patronenfabrik des Sprengstoffwerkes in Reinsdorf eine schwere Dynamitexplosion. Vier Arbeiter wurden dabei getötet. Bei der Dynamitexplosion handelte es sich um nichts anderes als um die Folge der mangelhaften gefertigten Patronenarbeit, für die die Verlesung natürlich in jeder Hinsicht verantwortlich ist.

Bei der Untersuchung des Unglücks durch die dafür in Frage kommenden Behörden wurde neuerdings aber sogar die freche Andeutung gemacht, daß die der Explosion zum Opfer gefallenen Arbeiter „unvorsichtig“ gewesen seien. Um übrigen handelte es sich „um einen ganz besonders unglücklichen Zufall“. Wie dieser hanbuchlichen Erklärung werden dann die Ältern aller größten Betriebsmord geschloßen.

Lied der Banzerkreuzer-KPD

(Von einem Arbeiter)

Vertilg'! Raß auf und schaut,
Der Banzerkreuzer wird gebaut,
Wir tun uns der Stimm' enthalten.
Ihren Brünning laßt hüßig nur watten.
Dant an'irer Hülle es gelang,
Drum stimmet ein in unsern Sang:
Genosse, komm! Heran! Heran!
Wißt du es sein? Der zweite Mann?

In Braunheim, wie ihr alle wißt,
Vor kurzem Wahl wahlen ihr wißt,
Wir fürchten nicht der Kazi Mut'
Und nicht der Kazi Schuß und Blut.
Wir sind ja die Partei der Masse,
Die sicher führt die Arbeiterklasse.
Doch keine Stimme man gemann.
Wo ging er hin? Der zweite Mann?

Daß es so kam, Prolet, warum?
Ihr schaut euch an, verdußt, ganz dumme.
Ihr habt den Braten wohl gerochen?
Daß man euch braucht ihr armen Knochen.
Dann der Bonze mit Seegen,
Sich müßen kann den Schlemmermagen.
Drum aufgemacht! Heran! Heran!
Für KPD kommt! Mann für Mann!

Schwenda (Kr. Sangerhausen). Lohnabbau auch bei der Kirche. Der hiesige Gemeindefratrat hat beschlossen, die Vergütungen für die kirchlichen Dienstleistungen wie Pastoren, Küsten usw. um 43 bis 50 Prozent zu kürzen. Damit erklärten sich die Betroffenen nicht einverstanden, so daß mit dem 1. April andere Leute eingestellt werden mußten.

Unsere Antwort an Brüning und Severing

unter keinen Umständen nur auf Agitation und Propaganda beschränken

ist die beste, unentgeltliche Fortführung der Vorbereitung für Partei und Presse, die jetzt im Zusammenhang mit der Durchführung der roten Tage der KPD befristet werden muß. Darüber hinaus heißt es jetzt überall für den Waiampfang zu mobilisieren.

Diese Mobilisation der Arbeitermassen muß als eine gewaltige proletarische Gegenoffensive gegen die Offensive des Unternehmers und die faschistische Anhebung durchgeführt werden. Bei der Vorbereitung des Waiampftages dürfen wir uns

Koblenz	2	Straßen	10
Halle-Zentrum	3	Drossig	2
Hörsing	4	Martwerben	2
Niederwisch	7	Beröbblingen a. S.	4
Esleben	4	Bad Naußthdt	4
Torgau	2	Croßitz	3
Düben	2	Wannenburg	11
Resenlänbigen	3	Jeiß	14
Schönbüh	6	Holzweißig	7
Freuenburg	2	Helbrungen	7
Wismdorf	2	Spilendorf	2
Willing	16	Nordhausen	5
Wiesenburg	12	Sieha	11

fondern müssen die rote Kampffront weiter ausbauen und verstärken. Das heißt jetzt vor allen Dingen, die Mitgliederzahl der Partei im Betrieb genügend zu steigern und dabei sozialdemokratische, nationalsozialistische und auch christliche Arbeiter in die rote Front einzureihen. An diesem Punkt muß jeder Kommunist die Waiampagne zur Werbetrategie ausbauen.

Die Vorbereitung geht unermüdet weiter. Davon zeugen auch die nachfolgenden Meldungen über unsere Werbeerfolge:

Halle-Norden	13	Dürrenberg	6
Delitzsch	4	Zerbstentthal	5
Witzleben	8	Witzleben	6
Wansleben	17	Hannrode	11
Grünwald	7	Bitterfeld	10
Querfurt	3	Setzin	2
Hennsburg	6	Halle-Süden	5
Wesspen	2	Querfurt	2
Weißen	2	Schorfheide	6
Kreischa	3	Weißen	3
Sangerhausen	7	Mahlsdorf	2
Eilenburg	17	Halle-Osten	7
Freßdorf	5	Halle-Westen	7
		Wittenberg	11

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

„Me, Herr Doktor, ins Kranenhaus gehst du nicht, das lassen sie mich ruhig hier krepieren.“ Doch der energische Arzt ließ schließlich einfach das Kranenhaus kommen und entführte Frau Wilsch durch eine Ueberrumpfung. Er hoffte bestimmt, daß die Herrin der öffentlichen Klinik ein Einsehen haben und den Eingriff machen würden. Frau Wilsch hatte aber ganz andere Pläne. „Man mach' dort ja doch nichts!“ So kam es denn auch. Man legte sie schon ins Bett, das Magenstichwunde verheilte, die Wundungen hörten auf, und Frau Wilsch nahm zwar ein paar Pfund zu.

Der praktische Arzt dachte sich mit einem Unterton der Gesandlung und des Wiktorens lassen lassen, daß nach dem Wundigen Verlauf der Behandlung dieses „epidämischen Magenstichwundes“ an eine Unterbrechung der Schwangerschaft nicht gedacht zu werden brauchen. Das fränkte den Doktor aber, weil er sehr ernstlich daran gedacht hatte. Er konnte nämlich die geringen Überlebenschancen seiner Patientin.

Er hatte das Gefühl, daß diese Frau nach den vielen Kindern, die zur Welt gebracht hatte, menschlich betrachtet, ein gewisses Recht auf Ruhe hatte. Aber er selber durfte beliebige Versuche machen. Das hätte ihm Kopf und Kräfte gekostet. So mußte er denn die Hände in den Schoß legen und den Dingen ihren Lauf lassen.

Schon nach wenigen Wochen ging es mit Frau Wilsch bergab. Eine Diät konnte und wollte sie nicht innehalten. Ruhe gab ihr nichts, und das ging dann die ganze Schwangerschaft hindurch, mal bergauf, mal bergab bis zur Entbindung. Die ging dann ein wenig erregt, nur im Wochenbett gab es einen erheblichen Abfall aus dem Magen.

Das arme Kind, das Frau Wilsch zur Welt gebracht hatte, war jämmerlich anzusehen. Schon im Mutterleibe ganz mangelnd ernährt, wühlte es in zwei bis drei Wochen dahin. So lag wie eine kleine Mumie mit seinem wächsernen Gesicht

apathisch da, bis es sich eines Tages davonmachte aus dieser schlechten Welt und einfach einfach, rubriziert unter der Diagnose: Lebensschwäche.

So kümmerlich und dürftig das Wirtchen war, hatte es doch Frau Wilsch viel Kraft und Saft gefolgt, und sie konnte sich von dieser verpörrten Geburt nie wieder erholen.

Ein Jahr später erfolgte eine so schwere Magenblutung, daß kein Arzt sie retten konnte. Sie starb —

Was aus ihrer Familie geworden ist, brauche ich hier nicht zu schildern, das kann sich jeder leicht ausmalen. In diesen Arbeiterfamilien ist nämlich immer die Mutter das Zentrum. Der Vater bewegt sich mehr an der Peripherie der Familie im Außendienst. Er könnte ruhig fehlen, wenn er nur jede Woche das nötige Geld zum Leben schickt. Die Mutter muß immer die ganze Last des Haushalts und der Kindererziehung tragen. Darum bricht so eine Familie auch regelmäßig auseinander, wenn die Mutter stirbt. Und so ist es denn auch im Falle Wilsch gekommen.

Auch der Fall Wilsch zwingt mich zu der Einstellung: der § 218 sollte entfernt werden.

Marieden

Als Mensch halt du an meiner Todster nicht gehandelt!
Plut Zeu!

Das Wartezimmer des Arztes begann sich zu leeren. In einer Ecke lag, den weihen müden Patriarchenstoppel auf die Hand gestützt, ein alter Mann. Wortlos. Er war so richtig gute niederländische Cederholz, so ein Hofbesitzer, der wie ein König auf seinem abgelegenen Hofe lebte. Das sah man ihm an. Die milde Regeneration, die über seiner ganzen Erscheinung lag, sagte nicht zu ihm, zu diesem kraftvollen Mann. Als die Reihe an ihm kam, in das Sprechzimmer einzutreten, erhob er sich, und nun konnte man erst sehen, wie groß er eigentlich war und wie breit.

Doch keine Geltung war jetzt gebührt, und das kam nicht zum Alter. Solche Menschen geben auch nach im Alter frei, kraft und stolz durchs Leben. Sie lassen sich bei der körperlichen Arbeit leicht von jüngeren so leicht nicht unterbreiten. Sie stehen in den Reihen. Doch dieser Mann hatte so etwas Gebodenes, Mädes in der Haltung der Schultern, als ob eine unsichtbare Schiffschraube auf ihm lastete.

Ein schweres Gefächsen war es auch, das ihn heute zum Arzt führte. Seine einzige Tochter war ein paar Tage in der

Großstadt gemeldet. Dann kehrte sie ins Elternhaus zurück und klagte über heftige Leibschmerzen. Sie klagte über das ganze Haus, und der alte Sanitätist wurde eifrig gerufen. Das war ein tüchtiger, gutunterrichteter Mann, vieler Art, und der Vertrauensmann der Familie seit Jahrzehnten. Nach zwei Tagen Behandlung starb Marieden.

Der Doktor hätte die Katastrophe abwenden können, wenn er nicht unverantwortlich gehandelt hätte. Marieden war fast ganz unversehrt und bedürftig in seiner Sprechstunde erschienen, und nach langem Drücken und Umherschauen hatte sie ihm eröffnet, die Regel sei ihr ausgeblieben, sie fürchte, in anderen Umständen zu sein. Der Herr Sanitätist war gewiß ein Lieber, guter Mensch, aber dabei eine ängstliche Natur. Im Herzengereiz trat er selten hervor. Wenn er aber das Wort ergriß, überraste er durch mohlgelegene Rede, und regelmäßig griff er in die Dialektion ein, wenn der § 218 in irgendeiner Form zur Sprache kam. Dann war man immer überredet, wie dieser seine, im Grunde gutmütige Mann mit rüchlichstolzer Schärfe seine reaktionären Ansichten vorzutrag, die immer mit einem bombastischen Appell an die jungen Kollegen schloßen, sich ja nicht irgendeine aus Rühnchen einzulassen, die auf Unterbrechung einer Schwangerschaft hinausliefen.

Wer ihn und sein Leben kannte, wußte, warum er so redete. Vor langer Zeit hatte er als jung niedergelassener Arzt einmal das Unglück gehabt, in eine Verleumdungsgeschichte verwickelt zu werden. Er war wirklich unglücklich wie ein armes Gottes, denn dieselben rüchlichstolzen Ansichten, die er jetzt als Wortführer trug, hatte er schon damals. Aber ein unglücklicher Zufall wollte es, daß er verurteilt wurde und darin in zahlreichen entloßen Behörden vor dem Amtsgericht das strenge Sühndichens, in dem er lebte, sich verteidigen mußte.

Wohl erwiebs sich nachher seine gänzlich Unschuld. Er hatte eine Frau nur unterstellt, bei der vorher und nachher abtreibende Hände im Spiel gewesen waren, die später hieran starb. Obne jedes Anstrich, gab dies doch schon herbe Verleumdungen.

Der Bericht man gelezenweise lagte ein widerwertiger Spargel für so hart — es sind in alles relative Begriffe — gehalten werden, daß man einen Menschen damit lächeln werden könnte. Es hat schon Schwermütigen gegeben, die es für möglich erklärten, mit dem bloßen Finger eine gelochte Gebärmutter anzuhothen. Das ist natürlich heller Wahnsinn.

(Fortsetzung folgt.)



Sonabend, den 11. April 1931.

Neue Ortsgruppe des AFD gegründet

Die Jugend führt nun zur Organisation der AFD... Jede neue Ortsgruppe ist ein neuer Schritt im Kampf gegen die soziale Diktatur...

18 Jungarbeiter treten sofort der Organisation bei und verpflichten sich, durch unermüdbare Arbeit die Jungarbeiterschaft von Heilhen für den Kampf unter Führung der einzigen revolutionären Kampfgesellschaft der proletarischen Jugend Deutschlands zu gewinnen.

Jede neue Ortsgruppe ist ein neuer Schritt im Kampf gegen die soziale Diktatur und die sich immer verärfärende Ausbeutung der wertvollsten Jugend!

Mansfeld-Sangerhausen

So steht die christliche Nächstenliebe aus

Kaffee die Kindern zu mir kommen — aber nur die, die auch zur Kirche gehen!

N.-A. Teufenthal. Am 1. Osterfesttag hat der Pfarrer die Kinder zu sich kommen lassen und ist mit ihnen im Park des Oberamtmanns Menge Osterfeierungen gehalten...

Schraplau. Hungerige haben sich etwas geholt, was genug da ist! Vorige Woche drangen Diebe in das Geschäft des Patitors Schulzeberger ein und hielten sich das gefahrlachte von einem Schwein. Der Herr Pastor hat eine Wohnung von 10 Mark für die Unterbringung der Diebe ausgesucht...

Rote Agitatoren — Roter Presse-Abend

Am Sonnabend, dem 11. April, 20 Uhr, im Cofak, „Joolit“ zu Sangerhausen. Aus dem Programm: Truppenlied, Zeitungslied, Rolfporteur der „M3“, Kapitalist und Presse usw. ufm.

Der Kreistag des Mansfelder Gebirgstreffes im Zeichen der sozialistischen Diktatur — Das Selbstverwaltungsrecht in der Praxis

Der Kreistag wurde in einer Zeit einberufen, in der Prünung neu und in der Lage ist, unter härtester Diktatur (unter Ausnahme-Gesetzen) zu regieren. Und Prünung tut dies ausgiebig auf Kosten der Werttätigen in den Kreisen und Gemeinden.

Ein Gelangener der Prünung-Regierung, so könnte man den Kreistag nennen, und alle Anstrichen vor dem Wajis bis zur SPD tragen geduldig die Ketten, die sie ja selbst mit schmiedeten haben.

Eine umfangreiche Tagesordnung von 18 Punkten war dem Kreistag zur Erledigung vorgelegt. Das Richtige für die bürgerlichen Politiker der „Erst-Exilite“ Wam...

Der Landrat erklärte, die Verhältnisse seien so schwarz und unklar, daß vor Ende April an eine Aufhebung des Etats nicht zu denken sei!

Die Gemeinden müßten sich mit dem alten Etat helfen, oder die Bürgersteuer einführen...

Folgender Antrag der SPD wurde abgelehnt: Alle Hilfsbedürftigen werden nach den Möglichkeiten der gegebenen Färlage unterstützt. Untersuchungen sowie Kur- und Pflegeleistungen, die aus Mitteln der Wohlthäter bezahlt werden, dürfen nicht zurückgefordert, und auch von keinen Dritten zurückgefordert werden.

Alle im Herbst der Aussetzung der Mansfeld AG im Sommer 1930 vom Kreis erhaltenen Untersuchungen an Ausgeperrte und niederzuliegen. Allen Wohlthätungsanstalten ist zur Beschaffung von Kleidung eine einmalige Unterstützung nach Größe der Familie zu zahlen.

Auch die SPD wollte nichts von diesem Antrag wissen. Der Landrat erklärte, er halte es für ausgeschlossen, die vom Kreis während der Streiks geleisteten Untersuchungen in Höhe von 37.000 Mark niederzuliegen. Er habe vor einem Artikel, wo er die Gelder für die im Kreise vorhandenen 600 Wohlthätungsanstalten und 400 Kräftensampfangen hernehmen solle. Auf Vorhaltung der AFD-Fraktion, warum der Vorschlag der AFD-Fraktion (bei der Beratung im vergangenen Jahre), den Wohlthätersrat aus dem Zweckzweck zu erheben, nicht angenommen sei, erwiderte der Landrat, eine bezügliche Besichtigung der Verhältnisse habe man nicht unterzogen. Er mußte kleinlaut zugeben, daß die AFD-Fraktion recht behalten hat.

Bei der Wahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen glaubte Sauer (SPD) für seine Partei ein Mandat mehr herauszuholen zu können, mußte sich aber beladen lassen, daß seine Bedingung nicht stimmte. Ein Antrag der Gemeinde Bürgernot auf Trennung des Amtsbezirks Gröfchner wurde abgelehnt. Die Wahl der Amtsbezirksleiter war langwierig.

Unsere Lösung zur internationalen Frauenwoche der SPD

Wir holen die erste Frau aus der Banzer Freizetler- und Arbeiterpartei-218-Partei!

N.-A. Die SPD will einen internationalen Frauentag durchführen und will dann vierzehn Tage lang mit neuen Frauen die Arbeiterfrauen einfangen. Seit ein paar Tagen sind in der sozialdemokratischen Presse Hinweise, daß am 12. April der Frauentag ist und daß dem ansehend vierzehn Tage lang alle Frauen in Stadt und Land für die SPD gewonnen werden sollen. Ich sage die Arbeiterfrau, daß die SPD doch höchstens noch die Gattinnen ihrer herren Beamten gewinnen kann.

Denken etwa die Herren Sozialisten, daß die Arbeiterfrauen noch immer so blödsinnig sind, daß sie auf alle Pfaffen hineinfallen?

Die Schande der SPD gegen die Arbeiterfrauen und besonders gegen die Lebensinteressen der Arbeiterfrauen stinkt doch zum Himmel. Als Ende Februar die Beratung der kommunalistischen Anträge für die Beteiligung des Nordparagrafen 218 von den Herren Sozialdemokraten abgelehnt wurde, da ging schon eine mächtige Welle der Empörung durch alle Kreise der wertlichen Frauen. Seihen hat sich Schande auf Schande gehäuft. Noch in den nachfolgenden Tagen dieses Abstimmungsergebnisses schrieb die SPD-Presse, daß sie noch vor Gegner des 218 seien und für seine Beteiligung eintreten würden. Als dann im März erneut die SPD-Anträge vor dem Plenum des Reichstages standen auf Beteiligung des 218, da kam die SPD wieder zurück und erklärte, daß sie sich nicht für den Betrag und Berrat an den Arbeiterfrauen war klar und deutlich zugegen.

Das ist aber nur in einer Frage. Und ich habe sie deshalb hergehoben, weil gerade jetzt diese Frage die Arbeiterfrauen recht viel beschäftigt. Tagtäglich bringt unsere Zeitung, der „Klassenkampf“, Tagelöhnerberichte von neuen Schandstücken der SPD. So erzählte mir sich, daß er heute bezeugen habe, daß die schändlichen Nordparagrafen, mit denen man die Arbeiterpartei einbein will, durch seine Initiative zustande gekommen seien. Doch mehr wie einst Bismarck, tritt jetzt Coering alle Rechte der Arbeiter mit Füßen!

Das „Volksblatt“ singt in seinen Frauenbeilage Loblieder auf die Republik. Die Säuglingssterblichkeit lie gefallen gegenüber der Vorkriegszeit. In der Republik müsse schon der Anfang des sozialen Fortschritts zu sehen sein. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der „sozialen Staat“ auszubauen. „A das nicht ein Sohn? Jede Arbeiterfrau, jeder Arbeiter weiß, daß Not und Elend ins Unermessliche gestiegen sind. Und diese heuchlerische Danks sagt noch zum sozialen Staat zu reden. Durch die gute Politik der Sozialdemokratie wäre es möglich gewesen, alle Willkuren aus der Wirtschaft zugunsten der Arbeiter zu beseitigen, damit die Kranken und Ermittelten Unterstützung bekommen könnten. Das schreiben sie! Daran, daß die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben auf das Vielfache gestiegen ist, wissen die „Volksblatt“-Schnierfinten in ihrer Frauenbeilage nichts zu sagen.

Das Würden von der notleidenden deutschen Wirtschaft sollen die Arbeiter weiter glauben. Wir kennen aber den Schwindel. Wir leben genau, wenn wir mit hungernden Wägen durch die Straßen laufen, daß die teuersten Delikatessen für ein handig gutes Geschäft zu haben, damit die Kranken und Ermittelten, denen wir aus aus der bürgerlichen Presse, daß das Reichsgelicht keine Einbuße erleiden hat. Die Herren Kapitalisten fahren nach wie vor in die Bäder, um ihr überflüssiges Teil los zu werden. Das tun ja auch die Herren Vönsen von der SPD und höher würden sie sich schon zu verberühnen mit den kapitalistischen Herrschern und Ermittelten, die sich verständlich haben. Und der Prolet schleppt sich bis zum Tode, weil er, wenn er wirklich einmal daran denken möchte, ein paar Tage auszuspannen, mit seiner Familie noch verhungern muß. Jemlich eine Woche lang kein strafenengel, dann nur 50 Prozent des Verdienstes, wo der volle Verdienst schon nicht dazu ausreicht, sich satt zu essen. Der Arbeiter schleppt sich über so lange, bis er schließlich kaputt geht. Und das ist in der Republik, für deren Ausbau die Arbeiter ihre ganze Kraft setzen sollen.

Die Arbeiter und Arbeiterfrauen werden auch Sozialdemokraten eins spielen. Wenn ihr statt zwei Wertvermögen das

ganze Jahr über Werbenommen macht, so merkt ihr ja doch nichts erreichen. Aber wir Klassenbewußten Arbeiterfrauen wissen, was wir zu tun haben. Wenn ihr jetzt auftreten werdet in Verkleidungen usw., wenn ihr eure Cügelstättler wieder unter die Massen schicken werdet, wenn merkt ihr, daß ihr überdell müd euer Schande wäurer Betrat in den Ohren gesell! Berührt euch damit, Arbeiterfrauen bekommt ihr nicht in eure Partei! Die doch drin hind, holen wir raus!

Wir holen die erste Frau der SPD

Weißentfels-Zeit

Wie SPD ihren schwindenden Einfluß retten

N.-A. Hedra. Wie wir schon berichteten, verübte der rechte Nazi mit seinen sozialdemokratischen Katalen einen Versuch an den hiesigen Wohlthätersampfangen. Der Artikel in den hiesigen Arbeiterzeitungen gibt zu, daß die Sozialdemokraten für die Arbeiterarbeit zum Preise von 250 M. pro Steinestopfen gestimmt haben. Der Betrag an den Ermittelten also offensichtlich, da dieser Hundehohn weit unter Tarif liegt und Ermittelten Zugelassen gefordert hätte. Wenn sich nur die Ermittelten gefunden haben, die ihre Helfenbewußten Kollegen vor allem ihrem Ermitteltenausfluß in den Rücken gestimmt ist das lediglich der verärräterischen Haltung der reformierten Stabparlamentarier zu verdanken.

Mit was für Schwindelmethode dieser Hünenheld im „Volksblatt“ Stimmung unter den Reichsarbeitern zu machen versucht, zeigt die Höhe der Hebel politischer Färlänge. Wir haben hier viel, daß es nicht ein Verdienst der SPD ist, sondern der Jungarbeiterzeitung unter dem Druck der Verhältnisse. Der Arbeiter lehnt auf 3 M. erhöht hat. Die Banzer Arbeiterzeitung hat auf Grund dessen ihren Dringlichkeitsantrag zurückgezogen.

Befonders freut uns die Angst dieser Färlänge vor der hiesigen Arbeit der SPD unter den hiesigen Banzerarbeitern. Das können es verstehen, daß die gemäßigt amgezeichnete SPD und die Erlöse am Orte, diesem Gelohs schwer in die Glieder gefahren

Die Banzerarbeit am Orte erkennen immer mehr die verärräterische Rolle der DCB-Bürokratie und gehen zur Schöpfung einer Ortsgruppe des Selbstverwaltungsverbandes der Land- und Forstarbeiter über.

Jangenberg. Volkssammlung der SPD. Sonnabend, den 11. April, 20 Uhr, bei Karl Reinhardt, öffentliche Versammlung. Thema: „Warum ist der Reichstag noch nicht in der Halle gefahrt worden?“. 2. Die neue Arbeiterorganisation im Einklang Jangenberg und Ungedung hind zu dieser Verjammung eingeladen.

Unterhändler. Der „Volksboten“-Berichterstatter kannepandent der Hagen, „Volksbote“ vom 31. März, hat in einem Artikel unter „Unterhändler“: „Ein vieljähriger Mann ist“ in diesem Artikel wurde einer unserer Genossen benannt. Wir wollen verabschieden richtigstellen. Der Genosse der kommunalistischen Schreibern betrieb, die nicht beachtet, sondern selber Bürgermeisteramt einzugehen, hatten wir für überflüssig, ja die Tatsachen schon hinlänglich bemerken haben, daß zwischen den Handlungen Börsiers und Pörsers kein Unterhändler befehlt, daß gleich arbeitertendlich sind. Wir haben kein Interesse daran, die betreffenden unsere Stimme zu geben. Dem Artikelreicher „Volksboten“ unter „Unterhändler“ hiermit empfohlen, die „Stimmen“, „Nationalsozialisten und Landbote“, die unter Genosse betrieb, durchzuführen, die er solche dummbremsigen Verleumdungen losläßt. Diese Brodure ist nicht etwa eine nationalsozialistische Werbeshildern eine Zulässigkeitsricht der SPD über die verärräterische Politik der Nationalsozialisten. Aus diesen Tatsachen läßt sich einmal deutlich feststellen, wie genau ein „Volksboten“-Berichterstatter es mit der Wahrheit nimmt. „Volksboten“-Wörter ihr müßt daraus die einzig richtige Konsequenz ziehen und die Schwindelblätterchen aus dem Hause werfen. Nur der „Klassenkampf“ gehört in die Arbeiterwohnung!

Bitterfeld-Wittenberg

In Greppin 43 Neuannahmen für die Rote Hilfe

N.-A. Greppin. Am Montag, dem 30. März, fand in Greppin eine öffentliche Rote Hilfe-Versammlung statt, in der der Greppin Oberbezirk referierte. Er ging in einem Referat auf die Lage der Rote Hilfe an und zeigte auf, wie die Klassenjustiz gegen die Rote Hilfe wirkt. Am Schluß seiner Ausführungen wies er auf die Notwendigkeit hin, sich in der Rote Hilfe zu organisieren. Ein großer Teil der Anwesenden ließ sich abzeichnen.

Das Resultat war 43 Neuannahmen für die Rote Hilfe.

Wir heißen die neuen roten Helfer willkommen. Es muß uns Aufgabe sein, auch die Rote Hilfe in unserem Orte als proletarische Massenorganisation auszubauen. Nicht nur in der Rote Hilfe selbst, sondern in allen Organisationen der Arbeiterklasse müssen wir die Brüder und Schwestern in den Reihen der Rote Hilfe gewinnen. Jeder Arbeiter, der sich für die Rote Hilfe interessiert, muß sich für die Rote Hilfe melden und seine Pflicht bewußt sein und für die Rote Hilfe werden und kämpfen.

Delitzsch-Torgau

Heberall geht es vorwärts

N.-A. Stolzenhain. In Stolzenhain wurde erst vor kurzer Zeit eine Ortsgruppe der kommunalistischen Partei gegründet. Diese Ortsgruppe hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich vergrößert. Die Ortsgruppe um 16 neue Mitglieder vergrößert hat. Am 30. März Mitglieder für die Revolutionäre werkschaftsopposition wurden gewonnen und acht Arbeiter demokratisieren ihren Austritt aus der SPD.

Am alle Ortsgruppen des Unstruttal

Am Sonntag, dem 12. April, vormittags 9.30 Uhr, in der Cofak Halle, wichtige Parteiarbeiter-Konferenz des Unstruttal. Wir erluden euch deshalb, den Ortsgruppen-Politikern, die beiden Stellvertreter zu verpflichten, an dieser Konferenz teilzunehmen. Diese beiden Genossen müssen unbedingt gehen. Weitere Parteifunktionäre bzw. Mitglieder der Ortsgruppe sollten auch teilnehmen. Besichtigung Halle-Merzburg, ab 10 Uhr.

